

b unabhängige **auernstimme**

Juni 2007

Nummer 301 – K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Demo in Gatersleben
Foto: Annemarie Völling

Schwerpunkt

Verkaufsverbot für Saatgut, Genmaisbauern unterliegt Imker. Langsam begreifen auch offizielle Stellen die Gefährdung durch Gentechnik. Wichtige Schritte im Kampf gegen die Agro-Gentechnik. **Seite 12-14**

Bienen

Den wichtigsten Bestäubern unserer Landschaft und Landwirtschaft geht es nicht gut. Wer allerdings nur nach einem Faktor sucht muss scheitern. Die Krankheit der Bienen ist ein komplexes Zusammenspiel. **Seite 18**

BVVG

Bei BVVG-Flächenverkäufen im Osten wurden über Jahre zu niedrige Kaufpreise festgesetzt. Die alten Seilschaften haben profitiert. Die AbL hat jetzt Strafanzeige gegen die Verantwortlichen gestellt. **Seite 3**

Die Seite 3**AbL stellt Strafanzeige gegen BVVG-Spitze**3**Agrarpolitik****WTO: Kanadas Milchpreis in Gefahr**4**Debatte****Diskussion um „volle Teller oder Tanks“**5

NawaRo: Chancen für Bauern, aber nicht automatisch

Böden leiden unter Biogas17**Milch****Nordmilch im Strudel**6**„A faire Milch“ ausgezeichnet**6**25.000 Bauern vor 100 Molkereien, gleichzeitig!**7**Österreich für Mengenregulierung**7**Bewegung****Kein Genweizen in Gatersleben!!** 8**Bei uns lebt Vielfalt!!** 8

Von der 3. internationalen Saatgut-Tagung in Halle

Märkte**Tönnies nimmt alles**10

Bio wird industriell

Schon 70 Prozent Widersprüche gegen CMA-Abgaben 11**Bienen ade – scheiden tut weh**18

Was das Bienensterben mit der Globalisierung zu tun hat

Schwerpunkt**Kontamination soll legitimiert werden**12

Neuer Gesetzentwurf: vereinfachen, reduzieren, öffnen

Verkaufsverbot für Genmais12**Honig mit Genpollen ist nicht verkehrsfähig**13

Interview mit dem Anwalt Dr. Buchholz

Amfloras Ende?14**Chemiegewerkschafts-Spitze unterstützt Biotech**14**Nachbau****Im Mai gibt's Nudeln**15

STV versucht, Bauern in die kriminelle Ecke zu drängen

EU-Bürokratie und Saatgutlobby gefährden die Biodiversität .16**Weitere Themen**

Aus Stall, Feld und Umfeld zu Besuch bei Ulrike Eggersglöß und

Gerd Dreßler, **Seite 9**; Ein Bauer erzählt, **Seite 19**; Lesen,**Seite 20-21**; Anzeigen/Veranstaltungen/Kontakte, **Seite 22-23**

Inhaltsverzeichnis

Turbulente Zeiten in der Gentechnikdiskussion. Es lohnt sich, sich nicht mit dem Schimpfen auf „die da oben“ zufrieden zu geben, sondern mit Widerstand und Selbsthilfe sowie politische Einmischung verstärkt anzupacken.

Ein Imker hat Mut gezeigt und vor dem Augsburger Verwaltungsgericht Recht bekommen. Nicht der Imker muss mit seinen Bienenstöcken weiterziehen, sondern der Freistaat Bayern ist bei seiner benachbarten Gentechnikmaisfläche aufgefordert, die Blüh-Fahnen der Maispflanzen zu entfernen oder den gentechnisch veränderten Mais unterzupflügen. Honig, verunreinigt mit Monsanto-Gentechnikmaispollen, ist weder verkehrsfähig noch genusstauglich, so die Augsburger Richter.

Fast zeitgleich lässt Bundesminister Horst Seehofer über das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit einen Bescheid an Monsanto schicken, der die Abgabe von Gentechniksaatgut an wichtige und weit gehende Auflagen knüpft. Interessant liest sich die Begründung, die den genmanipulierten Mais durch viele internationale Studien als Gefahr für Umwelt und Boden einschätzt.

**Kommentar****Moratorium von der Basis**

Was nun? Auf Seehofer eindreschen, weil er mit dem Bescheid gewartet hat, bis die diesjährige Maisaussaat gelaufen ist? Das halte ich nicht für sinnvoll. In Seklaune versinken und die Niederlagen der Gentechnikindustrie auf dem Sofa feiern? Vorsicht: Unsere Freunde auf der Gegenseite schlafen nicht. Politisch sitzen mit Frau Merkel, Frau Schavan, Herrn Beck und Herrn Gabriel nach wie vor

Hardliner in beiden Regierungsparteien, die entweder offen oder durch Hintertüren bzw. Wegducken die Gentechnik befördern möchten. Ein Kurs, der durch große Teile der Parteibasis, zumindest bei der CSU und bei der SPD, nicht gedeckt ist. Was das Gentechnikgesetz betrifft, wird es nun sehr auf die Bundestagsfraktionen ankommen, ob das Gesetz verschlechtert oder verbessert wird. Dabei wäre es im Sinne der Bauern, Verbraucher und Lebensmittelwirtschaft, die weiterhin klar auf gentechnikfreie Erzeugung setzen, an einigen Stellen noch deutlich zu verbessern! Auch die Landesregierungen haben mitzureden. Grund genug für uns, weiter Druck zu machen.

Die Gentechnikindustrie setzt nach wie vor auf systematische Verunreinigungen, wie der vereinzelte Anbau und Freisetzung im Bundesgebiet zeigen. Da wird selbst nicht vor der Schatztruhe des Saatguts, der Genbank in Gatersleben, Halt gemacht – dort werden Gentechnik-Weizen und Gentechnik-Erbsen freigesetzt.

Also müssen wir nüchtern den Kopf behalten. Solange Politik und Industrie nicht den Mut haben, den Geist in der Flasche zu lassen – die Regierungen in Ungarn, Österreich, Griechenland und Polen können das –, hilft nur eins: Wir müssen das „Moratorium gegen den Gentechnik-Anbau“ weiterhin von unten organisieren und so stark wie möglich machen. Bauern, Gärtner, Imker können als Person unsere Erklärung für gentechnikfreien Anbau unterzeichnen und sich einreihen in die immer stärker werdende Bewegung der Initiativen für gentechnikfreie Regionen. Sie organisiert den Schutz und die Vorsorge vor gentechnischer Verunreinigung unserer Lebensmittel. Sie zeigt, dass sich Widerstand und Selbsthilfe lohnen. In bäuerlichen Reihen schärft dies alles das Bewusstsein, dass wir das Recht auf Selbstbestimmung haben und dieses Recht aktiv verteidigen, statt uns in die Abhängigkeit von einer Industrie locken oder treiben zu lassen, die mit Risikotechnologien ohnehin nur ihren Profit maximieren will. Nicht die Tür für die Gentechnik offen zu halten ist angesagt, wie Herr Sonnleitner manchmal einfließen lässt, und auch nicht ein Aufweichen der Haftungsregelungen im Gentechnikgesetz. Wir selbst haben es in der Hand, die Sicherung einer gentechnikfreien Landwirtschaft zu gewährleisten. Das, was wir alle zusammen bisher erreicht haben, kann sich sehen lassen. Es ist konsequent, aktiv und nach vorne gerichtet, um auch den nächsten Generationen noch eine bäuerliche Landwirtschaft ohne Gentechnik zu sichern. So geht es weiter – Sekt trinken können wir dann später.

Georg Janßen,
AbL-Bundesgeschäftsführer

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Marcus Nürnberger; Tel.: 023 81/49 22 89, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;

Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Satz: Gebr. Wilke GmbH, Hamm

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

AbL stellt Strafanzeige gegen BVVG-Spitze

Vorwurf: Veruntreuung von Bundesvermögen im Umfang von über 650 Mio. Euro durch rechtswidrige Verbilligung von Landpreisen um über 1.000 Euro/ha. Subventionierung von 20 Prozent der Betriebe im Osten. „Restliche“ 80 Prozent dadurch benachteiligt

Jetzt beschäftigt sich auch die Staatsanwaltschaft mit der Geschäftspraxis der bundeseigenen BVVG, der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH. Die AbL hat in Berlin Strafanzeige gegen die Geschäftsführer der BVVG Dr. Horstmann und Dr. Müller sowie den Generalbevollmächtigten H.-J. Bange gestellt und zwar wegen des Tatverdachts der Veruntreuung und veruntreuenden Unterschlagung, wie es in der 15-seitigen Anzeigeschrift heißt. Damit greift die AbL zu einem ungewöhnlichen Mittel der Auseinandersetzung. Aber immerhin geht es um den Vorwurf, dass die BVVG dem Bundeshaushalt einen „geschätzten Gesamtschaden von mindestens 650 Mio. Euro zu Lasten des Bundeshaushaltes“ zugefügt habe. Entstanden sei dieser Schaden im Zuge des so genannten verbilligten Verkaufs von land- und forstwirtschaftlichen Flächen, die zu DDR-Zeiten „volkseigen“ waren und nach der Wende in Bundesbesitz übergingen. War es zunächst Aufgabe der Treuhandanstalt, ist seit 1992 die BVVG dafür zuständig, diese Flächen zu privatisieren, also zu verpachten und letztlich zu verkaufen.

Selektive Begünstigung

Beim Verkauf dieser staatlichen Flächen gibt es zwei Wege: Zum einen gibt es den „normalen“ Verkauf zum Verkehrswert. Zum anderen gibt es den verbilligten Verkauf nach EALG (Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz) – und um den dreht sich die Strafanzeige. Zu einem verbilligten Kauf sind laut Gesetz solche Betriebe berechtigt, denen die BVVG Flächen langfristig, d. h. zunächst für 12 Jahre, verpachtet hatte. Auf der Pressekonferenz der AbL

zur Bekanntgabe der Strafanzeige sagte Dr. Jörg Gerke von der AbL, dass im Mittel der neuen Länder nur etwa 20 bis 25 Prozent langfristige Pachtverträge bekommen hätten. Die staatlichen Flächen wurden eben im wesentlichen direkt nach der Wende (Stichtag 03.10.1990) an die damals bestehenden „ortsansässigen Betriebe“ vergeben und immer weiter verlängert. Damals gab es aber nur wenige Betriebe, vor allem die Nachfolgeunternehmen der ehemaligen LPGen oder Betriebe ehemaliger LPG-Spitzen. Viele Wieder- und Neueinrichterbetriebe sind erst in den folgenden Jahren entstanden – zu spät, da war der Großteil der staatlichen Flächen schon verpachtet.

Verbilligung

Die langfristige Verpachtung blieb aber nicht der einzige Vorteil: Zudem wurde der besagte verbilligte Verkauf dieser langfristig verpachteten Flächen eingeführt. Zunächst betrug die Verbilligung offiziell 50 Prozent des Verkehrswertes. Mit einer Entscheidung vom Anfang 1999 hat die EU-Kommission diese Vergünstigung gestoppt. Die Kaufpreisvergünstigung hat sie klar als Beihilfe eingestuft, und die durfte in der EU 35 Prozent nicht übersteigen. Daraufhin ist der verbilligte Verkauf damals gestoppt worden, die gesetzlichen Grundlagen mussten geändert werden, dann ging es ab 2000 wieder weiter.

Rechnungshof-Bericht

Der Vorwurf der AbL ist nun, dass sich die BVVG auch nach 2000 nicht an die Vorgabe aus Brüssel gehalten hat. Sie belegt das u. a. mit einem internen Bericht des Bundesrechnungshofes vom Mai 2005. Darin wird die Art und Weise

moniert, wie die BVVG den Verkehrswert für die EALG-Flächen berechnet, von dem aus dann die Verbilligung von 35 Prozent abgezogen wird. Die BVVG habe in aller Regel nicht die tatsächlichen Verkehrswerte zugrunde gelegt, sondern die mit ihrer eigenen Software errechneten „regionalen Wertansätze“. Ob diese „regionalen Wertansätze“ aber geeignet sind oder aber z. B. von den allgemein zugänglichen Bodenrichtwerten abweichen, habe die BVVG nur selten geprüft, so der Rechnungshof.

Konkrete Beispiele

Was dabei herauskommt, zeigt der Rechnungshof anhand von Beispielen auf. Im Juli 2001 etwa verkaufte die BVVG an eine Käuferin 150 ha Ackerland (Ackerzahl 39) zu einem verbilligten Preis von 1.630

Euro/ha. Zwei Monate später verkaufte sie an die gleiche Käuferin weitere 133 ha Ackerland gleicher Ackerzahl in den gleichen Gemarkungen, allerdings nicht verbilligt, sondern zum Verkehrswert. Hier bildete nun ein von der BVVG schon vor dem ersten Verkauf in Auftrag gegebenes Flächen-Gutachten sowie der damals aktuelle Grundstücksmarktsbericht des betreffenden Gutachterausschusses die Grundlage für die Berechnung des Verkehrswertes. BVVG und Käuferin einigten sich auf 3.190 Euro/ha, also knapp das Doppelte. Die Verbilligung lag also bei 49 Prozent statt bei den von der EU erlaubten 35 Prozent.

Im einem anderen Beispiel verkaufte die BVVG im März 2001 in einem Rutsch an einen Käufer 148 ha Ackerland (Ackerzahl 45) in einer Gemarkung, davon 132 zum verbilligten nach EALG und 16 ha zum Verkehrswert. Bei der Feststellung der Kaufpreise ging sie von unterschiedlichen Ausgangswerten aus. Für die verbilligten Flächen nahm sie ihren „regionalen Wertansatz“ in Höhe von 3.221 Euro/ha, was zu einem verbilligten Preis von 2.161 Euro/ha führte. Dabei lag der BVVG ein Verkehrswertgutachten für das gesamte Pachtobjekt vor, das einen Hektarbetrag von 5.083 Euro/ha auswies. Für die 16 ha einigten sich BVVG und Käufer sogar auf einen Verkehrswert von 5.527 Euro/ha. Legt man das Gut-

achten (5.083 Euro/ha) zugrunde, beträgt die Verbilligung 57 Prozent, bezogen auf den Verkaufswert der 16 ha beträgt die Verbilligung 61 Prozent. Erlaubt: maximal 35 Prozent. „Die Beispiele zeigen: Die BVVG wusste, dass ihr Ansatz Makulatur ist“, bringt es Gerke auf den Punkt.

1.000 Euro/ha zu wenig

Alles zusammen kommt die AbL pro Hektar verbilligter Fläche auf ca. 1.000 Euro, die „unter Verstoß gegen EU-Recht zu wenig gezahlt wurden“. Die



AbL-Vorsitzender Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Rechtsanwalt Dr. Thorsten Purbs, AbL-Experte Dr. Jörg Gerke. Sie stellten in Berlin die Strafanzeige vor.

Fotos: Jasper

AbL legt in ihrer Strafanzeige weiteres Zahlenmaterial wie amtliche Statistiken über Flächenverkäufe vor, wonach die zuviel gewährten Verbilligungen noch weit über 1.000 Euro/ha liegen. Insgesamt geht die AbL von mindestens 650 Mio. Euro aus, die die BVVG dem Steuerzahler schuldig sei.

Das Geld müsste die BVVG laut Gesetz eigentlich von den Käufern nachfordern, sagt Rechtsanwalt Dr. Purbs, der die AbL in der Strafanzeige vertritt: „Die Rechtslage ist klar: Die BVVG hätte die ihr entgangenen Erlöse einreiben müssen.“ Es sei aber kein Fall bekannt, wo das geschehen sei.

AbL-Ziele

Auf der Pressekonferenz erläuterte der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf die Beweggründe der AbL. Die AbL sei eine politische Organisation. „Wir kümmern uns weniger um Rechtssicherheiten oder die Einnahmen des Fiskus. Uns geht es darum, dass drei Viertel der Betriebe im Osten bei den BVVG-Flächen außen vor sind. Das ist eine unglaubliche Wettbewerbsverzerrung.“ Ein „florierendes Netzwerk“ habe mit seiner Lobbyarbeit bisher dazu geführt, dass sich alle Parteien wegduckten. „Alle wissen, was da für ein Schmu läuft“, so Graefe zu Baringdorf. Von daher bleibe nur der juristische Weg als Möglichkeit, noch etwas zu verändern.

Die BVVG und „ihre“ Flächen

Gründet worden ist die BVVG (Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH) zum 1. Juli 1992. Sie ist eine 100prozentige Tochter der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgabe (BvS). Aufgabe der rund 860 Mitarbeiter der BVVG ist vor allem die Privatisierung der ehemals volkseigenen land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen und Gebäude, seit 2004 ist sie vom Bund auch mit der Umsetzung des Altschulden-Abwicklungsgesetzes betraut. Zu Beginn ihrer Tätigkeit verfügte die BVVG über 1 Mio. ha Acker- und Grünlandflächen, die zunächst kurzfristig (1–2 Jahre), dann langfristig (zunächst 12 Jahre, dann auf Beschluss der Bundesregierung auf 18 Jahre verlängert) verpachtet wurden. Laut BVVG

waren Mitte 2006 noch rund 610.000 ha verpachtet, davon 558.000 ha langfristig zu einem durchschnittlichen Pachtpreis von 113 Euro/ha. Langfristige Pachtverträge sind für die Pächter laut Gesetz (EALG) eine Voraussetzung, das Pachtland verbilligt kaufen zu können, wenn ein entsprechender Antrag bis Mitte 2001 eingereicht worden ist.

Bis Mitte 2006 waren 400.000 ha verkauft, davon gut 250.000 ha nach EALG verbilligt. Für weitere 200.000 ha liegen laut neuen Zahlen der BVVG Anträge zum verbilligten Kauf nach EALG vor. Für die Flächen, die im 1. Halbjahr 2006 verbilligt verkauft wurden, hat die BVVG einen Durchschnittspreis von 2.525 Euro/ha angegeben. *uj*

Seehofer wünscht gute Ideen



Minister Horst Seehofer (CSU), hier mit seiner Ehefrau Karin am Rande des informellen EU-Agrarministertreffens Ende Mai in Mainz. Foto: dpa

In seinem Glückwunsch-Schreiben an den gerade wiedergewählten Präsidenten des Bayerischen Bauernverbandes hat Bundesminister Horst Seehofer (CSU) Gerd Sonnleitner für seine Arbeit „weiterhin gute Ideen, große Schaffenskraft und viel Erfolg“ gewünscht. Der Wunsch nach „guten Ideen“ darf als Hinweis verstanden werden, dass Seehofer sich mehr konstruktive Beiträge als bisher vom Bauernverband wünscht, der anscheinend auch bei Seehofer eher als Verteidiger des Bestehenden und Abwehler von Neuerungen im Gedächtnis zu sein scheint. Der 58-jährige Sonnleitner ist von 99 von 110 Stimmberechtigten (90 Prozent) gewählt worden. Einen Gegenkandidaten gab es nicht. *uj*

Christine Lagarde wird Ministerin

Der neue französische Präsident Sarkozy hat Christine Lagarde (51) zur neuen Ministerin für Landwirtschaft berufen. Die Anwältin aus der konservativen Partei UMP war im bisherigen Kabinett für Außenhandel zuständig. Sie ist in Frankreich die zweite Frau, die die Spitze des Agrarministeriums übernimmt. *pm*

Französische Bauern-Stimmen

In Frankreich stimmten beim ersten Wahlgang um das Amt des Staatspräsidenten 35 Prozent der Landwirte für Sarkozy, 20 Prozent für den Rechtsextremen Le Pen, 19 Prozent für Bayrou (Zentrum), 8 Prozent für die Sozialistin Royal und 8 Prozent für den Bauernaktivisten Bové. Der Sieg Sarkozys in der Stichwahl könnte für die Auseinandersetzung um die Gentechnik eine Rolle spielen. Zwar sprechen sich laut Umfragen 62 Prozent der französischen Landwirte für ein Verbot des Gentech-Anbaus aus – im Gegensatz zu seinen Gegenkandidaten hat sich Sarkozy jedoch bisher nicht dieser Forderung angeschlossen. *pm*

Böhmer lobt „Effizienz“ im Osten

Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt Prof. Dr. Wolfgang Böhmer hat die „wettbewerbsfähigen Betriebsstrukturen und zukunftsorientierten Geschäftsfelder der mitteldeutschen Agrarwirtschaft“ gewürdigt. Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „agrar 2007“ in Leipzig sagte er: „Die landwirtschaftlichen Unternehmen der drei mitteldeutschen Länder sind heute gut aufgestellt. Sie haben sich aufgrund ihrer wettbewerbsfähigen Betriebsstrukturen in der Bundesrepublik erfolgreich etabliert.“ Die Landwirtschaft Mitteldeutschlands zähle bundesweit zu den leistungsfähigsten Wirtschaftsbereichen. Böhmer machte das daran fest, dass die Betriebe im Osten weit weniger Menschen pro Fläche beschäftigen als im Westen: Während im Bundesdurchschnitt mehr als sieben Arbeitskräfte für die Bewirtschaftung von 100 ha Agrarfläche notwendig seien, käme man in Thüringen mit rund drei, in Sachsen mit etwa vier und in Sachsen-Anhalt mit rund zwei Arbeitskräften aus. *uj*

Die Linke für Transparenz

Die agrarpolitische Sprecherin und Vorstandsmitglied der Bundestagsfraktion Die Linke, Kirstin Tackmann, hat sich für eine weitgehende Offenlegung der EU-Direktzahlungen ausgesprochen. Angesichts der vielfältigen Leistungen der Landwirtinnen und Landwirte für die Gesellschaft seien Subventionszahlungen legitim. Genauso legitim sei allerdings, dass die Steuerzahler erfahren, wer wie viel bekommt und vor allem wofür. Die Veröffentlichung müsse sich an den realen gesellschaftlichen und ökologischen Leistungen der Betriebe orientieren. Kleine bäuerliche Familienbetriebe im Allgäu dürften nicht einfach mit Agrargenossenschaften in der Uckermark verglichen werden. „Wie viele Menschen arbeiten auf 100 Hektar? Wie gut ist der Boden? Werden Tiere gehalten und wie artgerecht ist das?“ Solche Fragen müssten in die Diskussion einfließen. *pm*

Kurzes am Rande

WTO: Kanadas Milchpreis in Gefahr

Neues Verhandlungspapier in der WTO drängt auf Marktöffnung – mehr, als die kanadische Agrarpolitik verkraften kann

Crawford Falconer, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Landwirtschaft in der Welthandelsorganisation (WTO), ist mit einem neuen Papier in die Offensive gegangen. Ende April hat der Neuseeländer einen Kompromissvorschlag rausgebracht, mit dem er die ins Stocken geratenen Gespräche zu Agrarfragen in der WTO wieder in die Gänge bringen will. Dabei jongliert er mit Zahlen und Zollbändern für Marktöffnung und Subventionsabbau. Als „enttäuschend“ bezeichnet Thérèse Beaulieu vom Kanadischen Milchbauernverband das Papier. Sie kritisiert vor allem den Vorschlag zum neuen Instrument der so genannten „sensiblen Produkte“, mit dem einzelne Produkte von der allgemein vorgesehenen Marktöffnung (Zollsenkung) weitestgehend ausgenommen werden können sollen.

Falconer schlägt vor, dass die Spannbreite, in der Produkte als sensible erklärt werden dürfen, zwischen ein bis maximal fünf Prozent der mit Zöllen geschützten Produkte eines Landes liegen soll. Und selbst bei diesen Produkten sollen die Zölle noch leicht gesenkt werden. „Kanada braucht mindestens acht Prozent, um seine sensiblen Produkte vor Importen zu schützen. Und die sensiblen Produkte müssen von einer Zollsenkung ausgenommen werden“, sagt Thérèse Beaulieu. Zu den sensiblen Produkten in Kanada zählt sie neben Milch auch noch Eier und Geflügel. „Wir müssen diese Märkte weiter schützen dürfen, sonst funktioniert das Mengenregulierungssystem nicht mehr richtig und dann werden auch die Preise

nicht mehr zu halten sein.“ Das sei für die Bauern besonders fatal, da sie in diesen Markt Bereichen kaum Subventionen erhielten.

Der Milchmarkt – ebenso wie der Eier- und Geflügelmarkt – ist in Kanada im Kern durch eine strikte Mengensteuerung geregelt (Bauernstimme 10/2006). Dadurch wird die erzeugte Milchmenge kontinuierlich an den Inlandsverbrauch von Milch und Milchprodukten angepasst. Überschüsse, die auf den Preis drücken, gibt es dadurch nicht. Das ermöglicht stabile und kostendeckende Milchpreise für die Betriebe. Rund 45 Cent je Liter erhalten die kanadischen Milchbauern. Damit das System auch WTO-kompatibel ist, wurde 2003 die erlaubte produzierte Milchmenge in Richtung Eigenverbrauch heruntergefahren, wodurch die Exporte unterhalb der Produktionskosten eingestellt werden konnten. Denn der so genannte Weltmarktpreis ist wesentlich niedriger als der kanadische Milchpreis.

Der Vorschlag von Falconer soll in den nächsten Wochen und Monaten intensiv diskutiert werden. Er ist ein erneuter Versuch, die Verhandlungen in der WTO noch bis Ende dieses Jahres zum Abschluss zu bringen, was aber in dieser kurzen Zeit als unwahrscheinlich gilt. Zeitdruck hin oder her: „Unsere Bauern erwarten von ihrer Regierung, dass sie die Interessen der kanadischen Landwirtschaft in den WTO-Verhandlungen durchsetzt“, sagt Thérèse Beaulieu.

Berit Thomsen

DBV: Lieber kürzen als staffeln

Dr. Born spricht sich gegen EU-Pläne für Staffelung aus

Im Jahr 2008 steht die Überprüfung der IEU-Finzen und der EU-Agrarpolitik an. Nach Aussagen des stellvertretenden Kabinettschefs von Kommissarin Fischer Boel, Prof. Klaus-Dieter Borchardt, denkt die EU-Kommission nicht mehr daran, eine absolute Kappungsgrenze je Betrieb, z. B. bei 300.000 Euro im Jahr, vorzuschlagen.

Auf der Ausstellung „agrar 2007“ in Leipzig sprach er aber gleichzeitig von Überlegungen, Umschichtungen im Agrarhaushalt (Modulation, Haushaltsdisziplin) nicht linear umzusetzen. Möglicherweise wird die Kommission also vorschlagen, bei hohen Prämienbeträgen je Betrieb stärker zu kürzen als bei niedrigen. Zur

Begründung verwies er darauf, dass die Kommission regelmäßig mit dem Vorwurf konfrontiert sei, dass 80 Prozent der Gelder an nur 20 Prozent der Betriebe gingen. Das könne die Kommission nicht ignorieren.

DBV-Generalsekretär Dr. Helmut Born lehnte solche Überlegungen rundum ab. Am Ende lande man unweigerlich bei einer Degression oder Kappung der Direktzahlungen. Und dann sagte er: Für die Zeit nach 2013 könne man mit dem DBV über „fast alles“ reden, auch über eine zeitliche Degression der Direktzahlungen. Das bedeutet nichts anderes als eben eine lineare Kürzung, die an der wettbewerbsverzerrenden Verteilung nichts ändert. *uj*

Diskussion um „volle Teller oder Tanks“

Energien aus nachwachsenden Rohstoffen bergen Chancen für Bauern, aber nicht automatisch. Boom setzt Machtverhältnisse nicht außer Kraft

Debatten-Beiträge von Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und von Thomas Griese in der Bauernstimme waren für die AbL Nordrhein-Westfalen ein Anlass, um die beiden gestandenen AbLer als Referenten in einen Raum zu holen. Über die Notwendigkeit, die Energiegewinnung umzustellen und den Ausstoß des „Klimagases“ Kohlendioxid kräftig zu reduzieren, gab es keinen Dissens. Aber welche Rolle dabei die Landwirtschaft spielen kann und soll, dazu gab es unterschiedliche Einschätzungen.

Thomas Griese, der von 1995 bis 2005 Staatssekretär im Landwirtschafts- und Umweltministerium NRW war, hatte seinen Vortrag überschrieben mit der Aussage: „100 Prozent erneuerbare Energien sind möglich – nachhaltig, regional und bäuerlich“.

Die heutige Situation skizzierte er für Deutschland so: Der Anteil aller Erneuerbaren liege beim elektrischen Strom bei knapp 12 Prozent (Atomkraft: 26 %), bei Wärme bei 6 Prozent, bei Treibstoffen bei knapp 5 Prozent und damit für alle Energienutzungen bei 7,4 Prozent (Atom: 5,7 %).

Strom

An erneuerbar erzeugtem Strom seien in den letzten Jahren jeweils mehr als 8 Mrd. Kilowattstunden (kWh) hinzugekommen, mehr als das Atomkraftwerk Biblis A im Jahr 2005 erzeugt habe. „Jedes Jahr wird durch Erneuerbare ein AKW ersetzt“, betonte Griese. Strom aus Biogas/Biomasse habe in Deutschland ein Potenzial von zusätzlich 150 Mrd. kWh, was 25 % des heutigen Stromverbrauchs im Land entspräche. Die Potenziale könnten aber nur realisiert werden, wenn die Politik entsprechend handeln würde: das Erneuerbare Energiengesetz beibehalten, die Bevorzugung von Kohlkraftwerken im Emissionshandel abbauen, Abwärmeabgaben für Kohlekraftwerke und AKWs unter 50 Prozent Wirkungsgrad einführen. „Das Entscheidende wird sein, ob weiterhin vier Konzerne sich das Stromnetz untereinander aufteilen können“, so Griese.

Wärme und Treibstoff

Auch bei der Wärmeversorgung sieht Griese große Möglichkeiten, fossiles Öl und Gas durch Wärmeeinsparung sowie Biogas und Holz zu ersetzen. Er zitierte eine Studie des Instituts für Umwelt und Energetik (IUE), wonach der gesamte russische Erdgasexport nach Europa ersetzt werden könne, wenn entlang der Erdgasleitungen in Europa Biogasanlagen errich-

tet würden und das Biogas in das Gasnetz eingespeist würde. Dabei würden die Flächen ausreichen, die derzeit nicht für die Nahrungsproduktion benötigt würden, wenn zudem biogene Abfälle in Biogasanlagen verwertet würden. Auch für diesen Bereich nannte Griese politische Notwendigkeiten: ein Wärmegesetz mit einem Einspeiserecht und gesicherter Einspeisergütung für Biogas ins Gasnetz. Und auch hier wieder der Hinweis: „Die Frage ist, ob die Erdgas-Konzerne das zulassen.“

Die Frage der Konzerne dränge sich schließlich auch beim Thema Treibstoff auf. Griese stellte Rapsöl und reinen Biodiesel auf der einen Seite und die von der jetzigen Bundesregierung und der EU verfolgte Strategie der Beimischung zum Mineralöl gegenüber. Die Aufhebung der Befreiung von Biodiesel von der Mineralölsteuer sei ein schwerer Schlag und befördere, dass heimisches Rapsöl durch Importe, auch von Palmöl von ehemaligen Regenwaldflächen, ersetzt würde und letztlich die Mineralölkonzerne wieder das Sagen bekämen.

Genug Fläche?

Bioenergie hängt an der Fläche. Thomas Griese zitierte Quellen, wonach genügend Flächen vorhanden sind, um sowohl ausreichend Lebensmittel als auch nachwachsende Rohstoffe zu erzeugen. Bezogen auf Treibstoffe nannte er Zahlen zur USA. Dort gebe es 412 Mio. ha nutzbare Anbaufläche. 120 Mio. ha würden für die Ernährung benötigt, wenn der Ernährungsstil (Fleischverzehr) beibehalten würde. Von den restlichen 292 Mio. ha könnten 1,46 Billionen Liter Benzinäquivalent in Form von Biogas erzeugt werden bei einem US-Verbrauch von 0,68 Billionen Litern.

Über die weltweite Situation zog Griese eine FAO-Studie heran, wonach 6,5 Mrd. ha Acker- und Weideland vorhanden seien. Bei fleischhaltiger Kost würden 3,2 Mrd. ha gebraucht, wenn die Erdbevölkerung auf 8 Mrd. Menschen ansteigt. Für den Ersatz des weltweiten Erdölbedarfs von ca. 4 Mrd. t sei etwa 1 Mrd. ha erforderlich.

Gefährlicher Optimismus

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, dem AbL-Bundesvorsitzenden, war das zu viel an Optimismus. „Wenn die Zahlen der FAO richtig sind, dürfte es Hunger eigentlich nicht geben“, lenkte er den Blick auf die Frage, wie es denn durchgesetzt wird, dass die Nutzung von Flächen für



Am Ende gab es für jeden eine Taschenlampe mit Handbetrieb: Kräftig drücken, und die Birne leuchtet. Moderator Hans-Bernd Hartmann (links) mit Dr. Thomas Griese (Mitte) und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Foto: Jasper

Bioenergien eben nicht auf Kosten der Ernährung von Hungernden geschehe. Wenn die FAO sage, für die Ernährung der Bevölkerung bräuchten wir eigentlich nur die Hälfte der Fläche, dann heiße das übersetzt: Macht Euch keine Sorgen!

Die Flächen, die heute brachlägen, seien aber nicht ohne Grund aus der Produktion gefallen, sondern weil sie im kapitalistischen System nicht mithalten könnten. Das System sei aber bei der Erzeugung von nachwachsenden Rohstoffen kein anderes. Die Mechanismen, die heute zu Hunger führten, würden nicht ausgeschaltet. Es komme also – bei Lebensmitteln wie bei nachwachsenden Rohstoffen – darauf an, die Auseinandersetzung zu führen und die Entwicklung bäuerlich und dezentral zu gestalten. „Wenn wir es so nicht hinkriegen, geht es schief.“ Darauf müsse heute hingewiesen werden, „sonst werden die negativen Entwicklungen uns hinterher angeheftet“.

Die Notwendigkeit, die Entwicklungen aktiv im bäuerlichen Sinne zu gestalten, sieht auch Thomas Griese: „Es geschieht nicht automatisch.“ Aber er vertrat die These, dass es möglich sei, das zu erreichen, „und dann machen wir uns auf zu neuen Ufern.“ Am Ende der Veranstaltung blieb die unterschiedliche Betonung von Chancen und notwendigen Bedingungen. Aber in der klaren Zielsetzung für bäuerlich ausgerichtete, regional angepasste und möglichst flächensparende Wege in der Bioenergiegewinnung waren sich die Referenten dennoch ganz und gar einig.

uj

Biogas fürs Netz

In der Gemeinde Graben im südlichen Landkreis Augsburg hat Anfang Mai der Bau des „Biokraftwerks Lechfeld“ begonnen. Aus 35.000 t nachwachsender Rohstoffe sollen hier ab Ende 2007 jährlich 8,5 Mio. Kubikmeter Biogas erzeugt und nach entsprechender Aufbereitung ins Erdgasnetz der Schwaben eingespeist werden. Nach Angaben der projektierenden Firma AgroEnergie GmbH könnten somit pro Jahr rund 5 Mio. Kubikmeter Erdgas ersetzt werden, was dem Jahresverbrauch von ca. 2.500 Durchschnittshaushalten entspreche. In der betreibenden Biokraftwerk Lechfeld GmbH & Co KG haben sich knapp 60 Landwirte zusammengeschlossen, die langfristig auch für die Bereitstellung der Energiepflanzen sorgen werden. Die Investitionskosten inklusive Biogasaufbereitung und -einspeisung sind mit 8,3 Mio. Euro veranschlagt. pm

Bio-MUH nun regional geadelt

Die Milch-Union Hocheifel (MUH) und die Regionalmarke „Eifel“ haben eine Kooperation vereinbart. Ab sofort tragen die neuen Verpackungen der Bio-H-Milch der MUH das Logo der Regionalmarke Eifel, wie die MUH mitteilte. Für die Regionalmarke stelle die neue Kooperation ein wichtiges Standbein dar, da die Bio-H-Milch ihr erstes Volumenprodukt sei, das gleichzeitig dem wachsenden Bio-Markt optimal entgegenkomme. Nach eigenen Angaben hat die MUH in den ersten drei Monaten 2007 den Umsatz mit Bio-Milch um 40 Prozent gesteigert. Die Molkerei sei bestrebt, ihre Rohstoffbasis zu vergrößern und wolle verstärkt weitere Bio-Landwirte hinzuzugewinnen, wird Winfried Meier, Geschäftsführer Vertrieb der MUH, zitiert. *pm*

Kuhmaler Kilkenny stellt aus



Pete Kilkenny bezeichnet sich selbst als „Kuhmaler“. Seit 1997 lebt der irische Künstler in Bayern, seit 1998 malt er fast ausschließlich Kühe – und eben auch Bullen, wie im Bild „Yellow bull“ (Foto, Öl auf Leinwand, 250 x 185 cm). Das Spannungsfeld Landwirtschaft und Kunst lässt ihn nicht mehr los. Am 16. und 17. Juni 2007 (10.00-18.00 Uhr) stellt er mit seinem Künstlerkollegen Clifford Charles auf dem Kunst- und Handwerkermarkt auf Gut Kerschlach zwischen Starnberg und Weilheim aus. Informationen: www.gut-kerschlach.de/termine/

Sexualstörungen durch US-Rinderhormone

Künstliche Wachstumshormone im US-Rindfleisch verringern offenbar die Zahl der Spermien und die Zeugungsfähigkeit ganz erheblich. Das ergab laut *dpa* eine Studie der Universität Rochester an Männern, deren Mütter während ihrer Schwangerschaft viel Rindfleisch gegessen hatten. Offenbar hatten die im Rindfleisch enthaltenen künstlichen Substanzen im Mutterleib die Entwicklung der Hoden der Embryonen geschwächt. In den USA werden synthetische Wachstumshormone seit 1954 in großem Maßstab eingesetzt. Einige wurden seither verboten, andere wie Östradiol, Testosteron und Progesteron aber werden weiter verwendet. Die Rochester-Forscherguppe um Shanna Swan schließen nicht aus, dass es einen anderen Zusammenhang zwischen dem Rindfleischkonsum der Mütter und der Hodenentwicklung ihrer Söhne geben könnte – Pestizide im Fleisch oder Unterschiede im Lebenswandel der Frauen. Dies könne man in Europa überprüfen, wo solche Wachstumshormone seit 1988 verboten sind. *pm*

Fleisch von Weiderindern gesund

Artgerechte und umweltschonende Weidehaltung führt zu einer Anreicherung von Omega-3-Fettsäuren im mageren Muskelfleisch von Rindern. Das Forschungsinstitut für die Biologie landwirtschaftlicher Nutztiere (FBN) belegte die ernährungsphysiologischen Vorteile von Fleisch aus Weidehaltung gegenüber konventioneller Viehzucht, wie die Fachgesellschaft für Ernährungstherapie und Prävention (FET) e. V. mitteilte. Fettarmes Fleisch könne sogar die Gesundheit fördern – vor allem, wenn es von Nutztieren stamme, die auf der Weide grasen dürfen. Im EU-Projekt „Healthy Beef“ habe das Forschungsinstitut mit Kooperationspartnern aus Großbritannien, Irland, Frankreich und Belgien die ernährungsphysiologische Zusammensetzung von Rindfleisch aus Weidehaltung sowie Stallhaltung untersucht und verglichen. Die Ergebnisse hätten gezeigt, dass Rinder, die während der Sommerperiode auf der Weide grasten, im Mittel eine dreifach höhere Anreicherung von als gesundheitsfördernd geltenden Omega-3-Fettsäuren gegenüber Rindern aus der Stallzucht aufwiesen. *pm*

Kurzes am Rande

Nordmilch in Strudel

Vorstandsvorsitzender Thomat gegangen.
Nachfolger Schwaiger: „Bilanz eher schlecht“

Die Bilanz 2006 ist nicht gut, sondern eher schlecht. Mehrere Bilanzen dieser Art können wir uns nicht leisten.“ Das sagte der neue Vorstandsvorsitzende der Nordmilch AG Dr. Josef Schwaiger gegenüber der *dpa*. Schwaiger sagte das im Zusammenhang mit dem Protest, den die Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) Ende Mai vor der Nordmilchzentrale in Bremen organisierte. Die Mitarbeiter gehen gegen die Pläne zur Schließung der zwei Molkerei-Standorte in Beesten (Emsland) und in Isernhagen bei Hannover an. Doch trotz dieses Zusammenhangs lässt die Äußerung des „Neuen“ an Klarheit wenig zu wünschen übrig. Unter den Mitgliedern und Lieferanten der Nordmilch-Genossenschaft rumort es schon lange. Die Auszahlungspreise der mit Abstand größten deutschen Molkerei (2 Mrd. Jahresumsatz, 3.400 Mitarbeiter)

liegen unter dem Durchschnitt, der ehemalige Chef Stephan Thomat hatte die Situation auf den Höfen zum Jahreswechsel nochmals verschlechtert, als er den Auszahlungspreis um 3,5 Cent auf 25 Cent verringerte.

Werden Nordmilch-Bauern zur Situation der Nordmilch gefragt, winken nicht Wenige ab. Etliche haben ihre Kündigung schon eingereicht oder stehen kurz vor dem Schritt. Das bestätigt auch Schwaiger gegenüber *dpa*. Unter den Bauern wird sogar ein Auseinanderfallen des Unternehmens nicht mehr für unmöglich gehalten, ob durch Abwanderung von Lieferanten oder durch Übernahme von Teilen der Molkerei durch andere Konzerne. Noch werden keine Namen für potentielle Übernehmer gehandelt. Aber der Blick geht auffällig oft über die niederländische Grenze. *uj*

„A faire Milch“ ausgezeichnet

Die österreichische Interessengemeinschaft Milch (IG Milch) ist mit dem Staatspreis für Marketing 2006 ausgezeichnet worden. „Der Nerv der Konsumenten wurde getroffen. Die Kampagne greift in die aktuelle Debatte um Nachhaltigkeit und Fairness ein. Die IG-Milch präsentierte ein rundes, erfolgreiches Marketingkonzept für einen Markt, der sonst nur über die Preisdifferenzierung läuft“, erklärt Prof. Fritz Scheuch, Vorsitzender der Staatspreis-Marketing-Jury und Vorstand des Instituts für Marketing-Management an der Wirtschaftsuniversität Wien zum siegreichen Marketingkonzept.

Die IG Milch ist ein Zusammenschluss von 6.000 österreichischen Bauern, der sich äußerst kreativ und konsequent für die Durchsetzung fairer Erzeugerpreise für Milch und Fleisch einsetzt (die *Bauernstimme* berichtete). Obwohl das Produkt „A faire Milch“ mit 1,09 Euro je Liter teurer ist als übliche Milch, habe sich das Konzept auf einem Markt durchgesetzt, der sonst nur über den Preis differenziert, so Prof. Scheuch.

Als Guerilla-Marketing bezeichnet Ewald Grünzweil, Obmann der IG-Milch, die nun preisgekrönte Marketingstrate-

gie. Zentrales Motiv ist die rot-weiß-rote Kuh „Faironika“, die in unterschiedlichen Größen mittlerweile in ganz Österreich zu finden ist. Grünzweil: „Man könnte sagen, das Marketing liegt bei den Bauern selbst. Jeder macht Marketing, indem er zum Beispiel unser T-Shirt „A faire Milch“ trägt.“ Der Erfolg gibt dem „Guerilla-Marketing“ Recht: Einige Monate nach Einführung der fairen Milch hat sich der Verkauf von 15.000 Liter Milch auf nun 100.000 Liter pro Woche gesteigert. Mittlerweile können die Verbraucher sich auch für fairen Joghurt entscheiden. Nach Angaben der IG-Milch sind mit Lidl, Interspar und anderen Supermärkten bereits erste Listungen vereinbart worden. *pm*



In Realität ist sie rot-weiß, wie die Farben Österreichs: Die Kuh „Faironika“ der IG Milch. Nun hat sie den Milchbauern – im Bild Ewald Grünzweil und Ernst Halbmayr – auch noch den Staatspreis für Marketing eingebracht. Foto: ots

25.000 Bauern vor 100 Molkereien, gleichzeitig!

Mit dem größten Aktionstag in der Geschichte der Milchbauern hat BDM seine Schlagkräftigkeit unter Beweis gestellt. Lage am Milchmarkt nun für 40 Cent nutzen. Welche Molkerei legt vor?

Mehr als 25.000 Milchbauern machten sich am 9. Mai zu insgesamt 110 Molkereien in ganz Deutschland auf den Weg und vertraten dort ihre eigenen Interessen. Der Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM) hatte die Aktionen zwar unter das Motto gestellt, die Molkereien in den laufenden Verhandlungen mit den Ketten des Lebensmittelhandels (LEH) zu unterstützen. „Wir stehen hinter Euch“, war somit auf einigen Schildern zu sehen. Aber genauso ging es den BDM-Mitgliedern um das deutliche Signal, die Forderungen des BDM ernst zu nehmen und gegenüber dem LEH durchzusetzen. Ihre Entschlossenheit haben die Milchbauern unter Beweis gestellt. Positiv ist auch zu verbuchen, dass eben nicht nur BDM-Mitglieder, sondern auch Nichtmitglieder mit vor die Molkereien gegangen sind. Sogar einige Kreis- und Ortsverbände des Bauernverbandes hatten dazu aufgerufen – die Basis lässt hoffen.

Anders sieht es an der Spitze des Deutschen Bauernverbands (DBV) aus. Die ließ Dr. Born am Tag vor der Aktion über eine Pressemitteilung verbreiten, dass die

Molkereien und der Bauernverband bereits höhere Preise durchgesetzt hätten. Von 8 Cent höherem Abgabepreis schrieb der DBV. Denken sollte man sich dabei wohl: „Also sind die Aktionen des BDM gar nicht mehr nötig. 8 Cent sind ja schon was.“

Eine Woche später klang es dann in einer neuen Mitteilung so: „In den zurückliegenden Monaten hatte der DBV mit den Milchbauern argumentativ und demonstrativ für höhere Milchpreise gekämpft. In den Verhandlungen für Konsummilch konnten Preiserhöhungen von über 15 Prozent durchgesetzt werden.“ – Wenn man nicht verhindern kann, dass sich die Milchbauern in der Milchpolitik vom Bauernverband abwenden und sich selbst organisieren, dann sollen anscheinend wenigstens ihre Aktionen noch für den DBV vereinnahmt werden.

Wie auch immer: Die Lage auf den Milchmärkten ist derzeit so positiv wie lange nicht mehr. Warum fordert der DBV dann nicht – wie der BDM – einen für alle Milchviehbetriebe kostendeckenden

Milchpreis von 40 Cent? Im *Wochenblatt Westfalen-Lippe* ist dagegen zu lesen, der Milchpreis für die Bauern „könnte etwa um 3 Cent/kg im Vergleich zum Vorjahr steigen“, das wäre immerhin ein Plus von 10 Prozent, und das „sollte nicht kleingeredet werden“. Den „arg gebeutelten Molkereien“ könne man auch nicht verdenken, „wenn sie in der jetzigen Situation versuchen, ihre teilweise zu knappe Eigenkapitaldecke zu stärken“... Dass nur nicht die Milchbauern übermütig werden ...

Es wird höchste Zeit, dass in der Milchwirtschaft nach vorne kalkuliert wird, und zwar von den Milchbauern ausgehend. Wann also schaltet die erste Molkerei endlich den Vorwärtsgang ein und legt vor: 40 Cent/kg! *uj*



An 110 Molkereien – hier vor der Nordmilch in Zeven – demonstrierten Milchbauern am 9. Mai: für 40 Cent/kg.

Foto: Jasper

Österreicher für Mengenregelung

Sowohl Bauernbund als auch Ministerium gegen Abschaffung der Quote

Der Vorsitzende des Österreichischen Bauernbundes, also des Bauernverbandes der konservativen Regierungspartei ÖVP, hat sich gegen Pläne ausgesprochen, die Milchmengenbegrenzung in der EU im Jahr 2015 aufzugeben. Auf einer Fachtagung zum Thema „Zukunft der EU-Milchwirtschaft“ sagte Fritz Grillitsch, dass er klar für die Beibehaltung der Quote eintrete und dafür auch weitere Verbündete suchen werde. Das berichtete der Informationsdienst AIZ. Dabei machte Grillitsch klar, dass es ihm nicht um das jetzige Quotensystem gehe, aber ohne eine alternative Mengensteuerung wäre ein Ja zur Abschaffung der Quote undenkbar.

Thorkild Rasmussen, Leiter des Milchreferates in der EU-Kommission, trat dagegen für ein Ende jeglicher staatlichen Mengenbegrenzung ein. Die aktuelle Situation auf dem internationalen Milchmarkt zeige, dass Milchprodukte auf dem Weltmarkt vermehrt gefragt seien. Quoten würden das „notwendige Tempo in der Umstrukturierung und Rationalisierung der EU-Landwirtschaft unnötig bremsen“. Bis zur Abschaffung der Milch-

kontingente im Jahr 2015 sei aber noch Zeit, die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu verbessern. Damit sang der Däne ein bekanntes Lied. Er gehe davon aus, dass es nach 2015 in der EU keine Quoten mehr gebe, es existiere derzeit keine Mehrheit für die Beibehaltung des Systems.

Weltmarktlage „atypisch“

Das Wiener Landwirtschaftsministerium wurde von Christian Rosenwirth vertreten. Aus seiner Sicht sei die aktuell sehr gute Situation auf dem Weltmilchmarkt untypisch und vor allem auf den dürrebedingten Ausfall der Produktion in Australien und Neuseeland zurückzuführen. Außerdem sei der erhoffte Anstieg der Nachfrage nach Molkereiprodukten zu hinterfragen: In der EU stagniere der Bedarf, in Osteuropa werde tatsächlich von einem Nachfrage-Wachstum von jährlich 0,5 bis 1 Prozent ausgegangen, und in Asien und Südamerika steige nicht nur die Nachfrage, sondern auch die Produktion. Speziell bei Käse würden Erzeugung und Verbrauch weltweit bis zum Jahr 2014 parallel verlaufen, wies Rosenwirth auf

OECD- und FAO-Studien hin. Wenn das alles zutrifft, führt eine Mengenfregabe schnell wieder zu einem starken Druck auf die Milchpreise in der EU, und zwar nach unten

7 Länder für Quote

Laut Rosenwirth seien derzeit außer Österreich noch sechs weitere EU-Länder offiziell für die Beibehaltung der Milchquoten nach 2015, nämlich Finnland, Portugal, Frankreich, Slowenien, Spanien und Griechenland. Unter den Gegnern der Quote seien aber auch mehrere Länder, die eine Mengensteuerung grundsätzlich befürworteten.

Aus österreichischer Sicht sei an der Milchkontingentierung festzuhalten, insbesondere weil 80 Prozent der Milchproduktion im benachteiligten Gebiet erfolge und diese Regionen ohne Quote unter Druck kommen könnten. „Ohne eine Zusage für konkrete Begleitmaßnahmen im Fall der Abschaffung der Quoten wäre es nicht ratsam, dem zuzustimmen“, stellte der Experte die Wiener Verhandlungsstrategie dar. *uj*

95 Prozent für eine Milchquote

Auf Initiative von Mitgliedern der oberbayerischen Milcherzeugergemeinschaft Traunstein-Laufen (MEG) hat der Vorstand dieser MEG unter den 1.241 Mitgliedern eine Befragung zur Einstellung der Milchbauern zur Milchquote durchgeführt. Auf der MEG-Mitgliederversammlung Anfang Mai stellte MEG-Vorsitzender Franz Mörtl das Ergebnis vor. Demnach sprachen sich 95 Prozent für die Beibehaltung und vier Prozent für die Abschaffung der Milchquote aus, ein Prozent hatte keine Meinung geäußert, berichtet das *Bayerische Wochenblatt*. Offenbar, um einen Kontrapunkt zu setzen, hatte der Vorsitzende als Redner Prof. Dr. Isermeyer von der Bundesforschungsanstalt (FAL) eingeladen, der laut *Wochenblatt* meinte, dass der Milchpreis von den Marktkräften Angebot und Nachfrage gestaltet werde und nicht von Wissenschaft, Verbänden oder der Politik. *uj*

Landwirtschaftskammerpräsident sät Genmais

In Bokel führt das Bundessortenamt auf einem mehrere Hektar großen Feld Sortenversuche durch. Die Fläche gehört dem Kammerpräsidenten Fritz Stegen. Unter den über 40 zu testenden Sorten befinden sich auch sechs insektenresistente Genmais-Sorten in die das Konstrukt Mon810 implantiert wurde.

Nach Bekanntwerden formierte sich vor Ort spontaner Widerstand. Seither kämpft die Initiative „Kein Genmais in Bokel“ gegen den Anbau. Und die Bevölkerung zieht mit. 1.000 Menschen waren Mitte Mai gekommen um am Genfeld zu demonstrieren. Dem Kreistag wurde eine Liste mit 3.500 Unterschriften gegen den Anbau vorgelegt. Doch der Kammerpräsident bleibt stur. Und auch das Bundessortenamt will nicht einlenken. Das Landvolk und die CDU halten sich in der Diskussion bedeckt und wollen nicht öffentlich Position beziehen. Nach außen gibt sich der Kammerpräsident innovativ und zukunftsorientiert. Bittet Bio-Verbände zum Gespräch, um Unstimmigkeiten zu klären. Weit her ist es mit der öffentlichen Kommunikation aber nicht, denn selbst die Biobereiter der Kammer erfuhren von ihrem Vorgesetzten nicht, was ihnen bevorsteht. *mn*



Protestmarsch zur Genbank



Ährensache – ohne Gentechnik

Fotos: A.Volling

Kein Genmais in Borken?

Das Bundessortenamt hat den Sortenversuch in Borken beendet. Begründung: Die Abstände von 150 Metern seien nicht eingehalten worden. Auf die Frage, was den nun mit dem Mais passiere, sagte ein Sprecher: „Der Mais wird in den kommenden Tagen untergepflügt.“ Bisher steht der Mais aber noch. Und das liegt unter anderem daran, dass der Sortenversuch von einer Zuchtstation des Gentechn-Unternehmens Monsanto durchgeführt wird.

Eine Prestige-Angelegenheit also? Nein sagt der Monsanto-Mitarbeiter Andreas Thierfelder „Die Saatgutunternehmen wollten den Versuch fortsetzen.“ Das dies möglich ist liegt am „alten“ derzeit gültigen Gentechnikgesetz, dass keine Abstandsregelungen vorgibt. Dass Sorteninhaber bzw. Unternehmen wie Monsanto, deren Genkonstrukte in die zu prüfenden Sorten eingebaut wurden, mit deren Prüfung betraut werden ist offenbar gängige Praxis. Den Außenstehenden versetzt es dennoch in Erstaunen. *mn*

Kurzes am Rande

Kein Genweizen in Gatersleben!!

Demonstration vor dem Institut in Gatersleben

Mehr als 300 Teilnehmer demonstrieren mit Traktoren am 22. Mai, dem Tag der biologischen Vielfalt, vor den Toren der Genbank in Gatersleben. Anlass ist die Freisetzung von gentechnisch verändertem Weizen auf dem Gelände des Leibniz-Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK). In unmittelbarer Nachbarschaft werden darüber hinaus gentechnisch veränderte Pharma-Erbesen angebaut. Das IPK als eine der größten Genbanken Europas beherbergt Samen von ca. 150.000 unterschiedlichen Sorten. In jedem Jahr werden

Sorten im Freiland vermehrt, um die Keimfähigkeit zu erhalten. „Jede Verunreinigung dieser wertvollen Ressourcen wäre eine Katastrophe“, sagte Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Der Leiter des Instituts Prof. Graner beteuert, dass es nicht zu einer Verunreinigung kommen werde. Die eingehaltenen Abstände seien ausreichend. Den Anbau alter Erbsensorten hat das Institut für dieses Jahr jedenfalls ausgesetzt. Offenbar traut man auch im Institut den eigenen Sicherheitsvorkehrungen nicht. *mn*

Bei uns lebt Vielfalt!!

Auf der 3. internationalen Saatgut-Tagung in Halle sprechen sich über 150 Bauern, Bäcker, Verbraucher und Züchter für einen freien Zugang zu Saatgut ohne gesetzliche Restriktionen aus

Mit dem Saatgut wurde den Bauern die Grundlage bäuerlichen Handelns entzogen. Die gesetzlichen Regelungen machen es einzelnen Betrieb unmöglich, die hohen Anforderungen für einen legalen Saatgutverkehr zu erfüllen. Wer nicht selbst Saatgut nachbaut, und auch das ist mit Schwierigkeiten verbunden, der ist auf den Kauf angewiesen. Vertrieben werden darf nur, was die strengen Kriterien des nationalen oder europäischen Sortenkatalogs erfüllt. In den Sortenkatalogen ist nur ein kleiner, kommerziell genutzter Teil der Vielfalt aufgeführt. Der Reichtum früherer Generationen waren individuelle, regional typische Sorten.

landwirtschaftliche Einfalt

Bis heute ist, auch dank der Arbeit einiger Weniger, eine ungeahnte Vielfalt unterschiedlichster Gemüse-, Getreide- und anderer kulturhistorisch bedeutsamer Sorten verfügbar. Für den landwirtschaftlichen Alltag bzw. das Angebot im Laden hat dies allerdings keine Auswirkungen. So gut wie kein wirtschaftlich geführter Betrieb kultiviert sein eigenes Saatgut. Auf alte Sorten zurückzugreifen, die nicht den hohen Anforderungen der Abnehmer und Kunden an Homogenität und Aussehen entsprechen, kann sich aus finanziellen Aspekten niemand leisten. „Anbau und Saatgutproduktion sind total getrennt“, berichtet Gebhardt Rossmann von der Bingenheimer Saatgutinitiative. Dabei sind die Saatgutunternehmen in der Regel große Konzerne. Vor allem in den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl immer weiter reduziert und die Abhängigkeit von den wenigen (multinationalen) Konzernen hat immer mehr zugenommen. Die Bedürfnisse der bäuerlichen Landwirtschaft spielen bei der Züchtung allenfalls eine untergeordnete Rolle.

Erhalten und essen

Eine Lösung, mehr alte Sorten nicht nur in Genbanken zu konservieren, ist, sie in den kommerziellen Anbau und Handel einzube-

ziehen. „Erhaltet die Vielfalt! Esst sie auf!“ In der europäischen Saatgutgesetzgebung ist etwas Derartiges aber nicht vorgesehen. Vielmehr arbeitet man derzeit an einer Verordnung, die den Anbau auch in Zukunft weitgehend unterbindet (s. Artikel S. 16). Und dennoch, in nahezu allen europäischen Ländern gibt es Initiativen, die alte Sorten anbauen, Saatgut vermehren und verteilen.

Genbanken – tote Sammlungen?

Genbanken als Orte der Konservierung von Vielfalt. Beeindruckend ist die gewaltige Zahl an Saatgutmustern, die in den verschiedenen Genbanken weltweit konserviert werden. Sie sind die letzte Chance, Vielfalt zu sichern. Die beste sind sie nicht. Oftmals sind die unzähligen Saatgutmuster nur unzureichend beschrieben. Vor allem kulturhistorische Hintergründe gehen verloren. Aber auch die genauen Herkünfte sind nicht immer klar beschrieben. Ein Austausch bzw. eine Kooperation zwischen den einzelnen Genbanken findet nicht statt. Auch gibt es keinen Abgleich der Sammlungen untereinander.

traditionsbewusstes Afrika

Malamine Coulibaly aus Mali zeigt sich verwundert über die europäischen Zustände. Er berichtet von dem gesetzlich verankerten Recht auf freien Saatguttausch in seiner Heimat, auch über die Ländergrenzen hinweg. Jede (Dorf-)Gemeinschaft hat ihr eigenes Saatgut. „Sind Genbanken nicht ein Mittel um genau diesen freien Austausch zu unterbinden?“ fragt Melamine. Was in Europa schon lange verloren ist hat in Afrika vielerorts noch Bestand: Saatgut als kulturelles, gemeinschaftliches Gut.

Wichtige Ergebnisse der Tagung in Halle waren der Aufbau eines internationalen Informations-Netzwerks und die Weiterbildung aller an Saatgutvermehrung Interessierter für eine breite Basis unabhängiger Vermehrer. *mn*

Betriebsspiegel

Der Hof Wittmaaßen liegt in der holsteinischen Schweiz.
45 ha Acker (Futter und Marktfrucht)
55 ha meist natürliches Grünland
60 Kühe mit weibl. Nachzucht (schwarz-bunt, Boxenlaufstall); 45 Bullen

Nach meiner Pensionierung als Marineoffizier vor zwei Jahren wollte ich einmal wieder etwas anderes tun und meinen Erfahrungshorizont um eine weitere Nuance bereichern. Als Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Plöner Kreistag und deren umweltpolitischer Sprecher bin ich oft mit Themen beschäftigt, die einen Bezug zur Landwirtschaft aufweisen, so die Knickpflege, Freisetzung von genmanipuliertem Saatgut, die Nährstoffbelastung der Binnengewässer durch landwirtschaftliche Einträge oder die Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung. Wir leben im Kreis Plön nun mal in einer ländlich struktu-

rierten Kulturlandschaft. Wer im Kreistag und seinen Ausschüssen darüber öffentlich diskutieren will, muss entweder Fachmann sein oder sich seine Meinung durch Recherchieren bilden. Eine Teilnahme am Kreisbauernstag als Vertreter meiner Fraktion ist dafür sicherlich nicht ausreichend. So entstand die Idee zu einem Praktikum auf einem Bauernhof, um die Arbeitswelt und die Gedanken eines Landwirtes aus erster Hand kennen zu lernen.

Da ich den erfolgreichen Autor Matthias Stührwoldt („Verliebt Trecker fahren“) in einer Lesung gehört hatte, zudem wusste, dass er einen organisch-biologischen Betrieb führt, fiel die Wahl nicht schwer, und nach einem Eingangsgespräch war die Sache geritzt: Eine Woche Praktikum auf Hof Wittmaaßen bei Stolpe im Kreis Plön. Diese liegt jetzt hinter mir.

Ich muss die Arbeitsabläufe auf einem Milchviehbetrieb nicht weiter beschreiben. Dass aber gerade in dieser Woche die Kälberboxen ausgemistet werden mussten, war sicherlich reiner Zufall! Ich habe den Eindruck gewonnen, dass bei allen Tätigkeiten das Vieh als Kreatur angenommen und entsprechend behandelt wird; im Laufstall und auf der Weide. Ich konnte der Geburt eines Kalbes mittels Kaiserschnitt zusehen und durfte dem Tierarzt kurzfristig assistieren; ein nachhaltiges Erlebnis menschlicher Bemühungen um Erhaltung tierischen Lebens. Einstreuen, Füttern, Melken und Ausmisten als unabdingbare Routearbeiten prägen das Bild des Milchbauern besonders und setzen dadurch seinem Anspruch auf Freizeit und Lebensqualität enge Grenzen. Das sollte jeder wissen, der im Lebensmittelmarkt Milch oder Milchprodukte erwirbt.

Das Instandsetzen von Zäunen auf den Weiden im Depenauer Moor an einem herrlichen Frühsommertag gemeinsam mit Lehrling Daniel („Spezi“) in einer wunderschönen Naturlandschaft hat sich als Erlebnis bei mir tief verinnerlicht und verdeutlicht, wie sehr sich der Bauer mit der Natur verbunden fühlen muss.

Aus diesen Träumen wurde ich bei unserer Teilnahme am bundesweiten Protesttag am 9. Mai zur Erhöhung der Erzeugermilchpreise vor der Meierei Trittau geweckt. Die Milchviehbauern, ob ökologisch oder konventionell produzierend, bekommen den Druck der Lebensmittelindustrie zu spüren, die sie zu Billig Anbietern degradieren will. Nach dem, was ich an Arbeitsleistung und Naturverbundenheit auf Wittmaaßen erlebt habe, schließe ich mich als Verbraucher der berechtigten Forderung nach leistungsgerechter Bezahlung der deutschen Milchbauern an. Den in Trittau erlebten Unmut von rund 200 protestierenden Milchbauern über Preise, die nicht die Erzeugerkosten decken (von der hohen Arbeitsleistung der Bauern ganz abgesehen), kann ich jetzt gut verstehen.

Die vielen guten Gespräche mit Matthias im Laufe der Woche bei allen Gelegenheiten haben mein Meinungsbild über bäuerliche Landwirtschaft fachlich unterlegt; ich habe viel aufnehmen können und außerdem Freude an den für mich ungewohnten Tätigkeiten gehabt. Dafür und für die freundliche Aufnahme bin ich der Familie Stührwoldt auf Hof Wittmaaßen sehr dankbar!

Gerd Dreßler

Eine Woche lang in grüner Hand

Für neue Verträge ab dem 1. Juli 2007 im Rahmen der Ökoförderung wird in Nordrhein-Westfalen eine so genannte Bagatellgrenze von 900 Euro je Betrieb eingeführt. Wer darunter bleibt, soll leer ausgehen. Diese Nachricht betrifft mich persönlich mit zur Zeit 3,2 Hektar anerkannt ökologisch bewirtschafteter Fläche ab dem Jahr 2010, wenn mein „alter“ Extensivierungsvertrag ausläuft.

Die derzeitigen 820 Euro Förderung pro Jahr für meinen Betrieb decken die Kosten für den Demeter-Verband, die Ökokontrolle, die Kammerumlage und die Berufsgenossenschaft. Als „Bagatelle“ empfinde ich diese Förderung nicht. Als kleiner Betrieb im Nebenerwerb werde ich offensichtlich nicht mehr gewollt – biologisch kontrolliert wirtschaftend. Das können größere wahrscheinlich besser, effizienter, mit Kostendegression und Wachstumsanreizen. Die werden weiter gefördert. Es wird sogar für neue Bio-Umstellungsbetriebe geworben.

Wie fühlt man sich, wenn man durchs Raster fällt? Ich fühle mich missachtet.

Es ist für kleine Betriebe aufwändig, die für den Ökolandbau notwendigen Aufzeichnungen und Erfordernisse einzuhalten, Kontakt zu Kollegen zu halten, der Familie und Freunden gerecht zu werden ...

Für manche 30 Euro – z. B. die OGS-Prämie (Obst- und Gemüse) – kann



Neue Bagatellgrenze für die Ökoförderung

man im Rahmen der allgemeinen Betriebsprämie, die dank der Flächenprämie 740 Euro ausmacht, einen Antrag stellen. Das wird zum Glück noch nicht als Bagatelle abgetan. Auch für den Landhandel, den Tierarzt, den Schlachter, Gerber, Landmaschinenhändler bin ich zwar klein, aber keine Bagatelle, und trage zum Umsatz und Einkommen bei.

Ob ich nach 2010 weiterhin dem kontrollierten ökologischen Landbau treu bleibe und womöglich aus den mühsam erwirtschafteten Einnahmen die Kon-

troll- und Bioverbandskosten trage, weiß ich noch nicht. Nicht, wenn ich mich ungewollt und abgeschoben fühle.

Zum Glück vermarkte ich hauptsächlich direkt an Verbraucher und die kennen den Hof.

Außerdem habe ich ja noch ein paar Jahre Bedenkzeit: Ich könnte ja eventuell den Betrieb etwas vergrößern – bis kurz unter die Sozialversicherungspflicht – was zwar auch wieder mehr Arbeit beinhaltet. Oder den Betrieb um

1,2 ha Pachtland verringern, und eine Nebentätigkeit aufnehmen? Oder die Landwirtschaft als reines Hobby sehen? Oder einfach mehr Zeit haben und den Aufwand minimieren ...?

Ulrike Eggersgluß, Hof Roggenkamp

Betriebsspiegel

Der Betrieb liegt in Ostwestfalen.
11 Schafe mit Nachzucht, 18 Hühner.
1,88 ha Grünland, 1,15 ha Ackerland
(Getreide, Klee, Kartoffeln, Gemüse, Futterrüben), 0,13 ha Streuobst.
Ferienspiele und Aktivitäten mit Schulklassen
50 kW-Windkraftanlage.
Direktvermarktung ab Hof/Auslieferung.
Anerkannter Demeter-Betrieb

Schlachthof für Mega-Agrarfabriken?

Statt der genehmigten 8.700 Schweine soll das Fleischwerk Weißenfels an manchen Tagen bis zu 13.000 Tiere geschlachtet haben. Das hat laut MDR eine Untersuchung der Staatsanwaltschaft ergeben, nachdem der BUND und die Bürgerinitiativen gegen die geplanten Mega-Mastanlagen eine Anzeige erstatteten. Die Gegner der Agrarfabriken hatten sich bereits mit einer Demonstration gegen den Ausbau des Tönnies-Schlachthofs gewehrt, weil sie diesen als Begünstigung der Massentierhaltung ansehen. pm



Preis gut alles gut? Let's go Tönnies.

Foto: Nürnberger

In Westfalen erzählt man es sich auf jedem Hof. Tönnies – mit 100.000 bis 120.000 Tieren pro Woche Europas größter Schlachthof für Schweine – will oder muss in Bioschweinen machen. Einer seiner großen Abnehmer, im Gespräch sind Aldi Süd oder Nord, möchte die Biowelle nicht verpassen und seinen Kunden in Zukunft auch Biofleisch anbieten. 800 bis 1.000 Bio-Schweine werden pro Woche in Rheda-Wiedenbrück geschlachtet bestätigt Herr Mai von Tönnies. Auf's Jahr hoch gerechnet etwa ein Drittel der deutschen Bioschweine. Bei Tönnies ist man sich im Klaren darüber, dass diese Nachfrage wohl nicht allein aus deutschen Ställen zu decken sein wird. Polen; Ungarn und Rumänien sind als weitere Herkunftsländer im Gespräch. Die Schweine kämen dann schon geschlachtet als Hälften nach Deutschland, denn die langen Transporte von lebenden Tieren vertragen sich nicht mit den Biorichtlinien. Aber so ganz will man auf Schweine aus deutschen Ställen auch nicht verzichten. Und so trifft sich Herr Tönnies persönlich mit Bauern, um Lieferanten zu werben. Tönnies hat mit Bio nicht viel im Sinn. Interessiert nimmt er die

Besonderheiten wahr, mehr nicht. Doch Bioschwein ist teuer. Eine Kostenanalyse der Betriebe aus dem oberen Drittel ergab einen notwendigen Preis von ca. 3 Euro pro Kilo. Die Realität sieht oft anders aus. Da bewegt sich der Bio-Schweinepreis zwischen 2,60 Euro und 2,85 Euro. Zu wenig, wenn schon die Besten 3 Euro brauchen. Tönnies hat mit den Forderungen der Bauern keine Probleme. „Wenn sie drei Euro brauchen, sollen sie die kriegen. Und wenn es 3,10 oder 3,20 sein müssen geht das auch,“ soll er gesagt haben. Bei dem Einen oder Anderen haben wohl schon die Augen geleuchtet. Denn der Landwirt ist selbstständiger Unternehmer. Knecht, Betriebswirt und Manager des Unternehmens. Und wenn das

Tönnies nimmt alles

Immer mehr konventionelle Verarbeiter erweitern ihr Angebot um eine Bioschiene. Mit weitreichenden Folgen für den traditionellen Biomarkt, Produzenten und Verarbeiter

Angebot gut ist. Zugegriffen und Geld verdient.

Nur sollte man als Bauer auch ans nächste und übernächste Jahr denken. Früher, so sagt man, wurde gar in Generationen gedacht.

Tönnies zahlt drei Euro und mehr

Im Fall Tönnies könnte diese Zukunft so aussehen: Der Preis von 3 Euro ist gut. Zumindest in diesem Jahr. Wenn der Bio-Schweinepreis sich also jetzt nach oben bewegt, was er in jedem Fall dringend tun muss, damit die Bauern ihr Auskommen haben, dann werden viele gewachsene, kleine Strukturen in finanzielle Schwierigkeiten kommen. Der Biometzger, der sein Fleisch handwerklich verarbeitet, kann derzeit keine 3 Euro zahlen, ohne diese Mehrkosten an die Kunden weiter zu geben. Die Differenz zum billigen Biofleisch aus dem Discount wird damit aber noch größer und der Metzger riskiert, seine Kundschaft zu verlieren und damit seine Geschäftsgrundlage. Bisher waren es aber vor allem solche kleinen, regionalen Verarbeiter und Metzger, die Biofleisch abgenommen haben. Kein Problem für den Landwirt könnte man sagen. Bei Tönnies gib es 3 Euro und schließlich ist es (fast) gleich, wo die Schweine landen, wenn der Preis stimmt. Dabei wird schnell vergessen, dass Tönnies nur deswegen einen hohen Preis zahlt, weil er sonst gar keine deutschen Bio-Schweine bekommt. Wenn aber die traditionellen Vermarktungsstrukturen erst einmal zusammengebrochen sind und damit die Konkurrenz weg ist, wird auch der Preis wieder sinken. Am Ende könnten nur noch wenige große industrielle Schlachthöfe übrig sein, die den Markt kontrollieren.

Analysten sprechen da ganz trocken von Marktberreinigung. Für die ökologische Landwirtschaft ist es dagegen eine Zukunftsfrage. Gibt es einen Zusammenhalt, Werte, für die man gemeinsam steht, oder gelten allein die Gesetze des Marktes.

Reine Marktberreinigung

Neu sind die Veränderungen, die die ökologische Landwirtschaft derzeit erfährt, nicht. In der konventionellen Landwirtschaft der vergangenen 40 Jahre gibt es viele Parallelen. Mit dem einen Unterschied. Alles geht schneller. Innerhalb weniger Jahre, höchst-

tens einem Jahrzehnt, wandeln sich Strukturen, verändern sich Werte. Droht der gesamtheitliche Ansatz verloren zu gehen.

Bis heute ist ökologische Landwirtschaft weit mehr als die Produktion von Lebensmitteln. Sie schafft mehr als ein Einkommen. Noch immer sind Ökobauern Überzeugungstäter. Sicher ist aber auch, dass die finanzielle Situation angespannt ist. Der Einzug von Bio in die Supermärkte und Discounter hat zwar auf der einen Seite große neue Käuferschichten erschlossen und die Nachfrage gesteigert. Allerdings hat man es jetzt mit Ökonomen zu tun, für die Bioprodukte nicht mehr sind als eine weitere Marke im Sortiment, die den Umsatz steigern muss. Der Versuch der Anbauverbände der eigenen „Marke“, Bioland, Naturland oder Demeter, durch besondere Standards eine Prämiumqualität zu geben, ist da gut zu verstehen.

Premium-Bio gescheitert?

Das Beispiel Tönnies zeigt allerdings auch wie wenig erfolgreich dieses Konzept ist. Langfristig werden Bauern, auch die überzeugtesten, nur dann Bio produzieren, wenn die Erlöse die Kosten decken. Premium-Bio hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die bessere Qualität auch angemessen bezahlt wird. Die Biobranche hat es geschafft, weite Teile der Bevölkerung zu erreichen. Bisher hat man einfach die konventionellen Vermarktungsstrukturen kopiert. Bei der Pro-



Stärke von Bioprodukten: handwerkliche Verarbeitung

©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

duktion stehen die Schritte gerade erst an. Wenn Bio zum Massenprodukt aus Massenproduktion und industrieller Verarbeitung geworden ist, wird ein Premium-Bio nur noch eine Nische von Hofkäseerei, Direktvermarktern und übriggebliebenen Handwerksbetrieben sein. mn

Schon 70 Prozent Widersprüche gegen CMA-Abgaben

Hilflose Appelle von Sonnleitner, Nüssel und Hilse

Allen Beteuerungen des DBV-Präsidenten Gerd Sonnleitner und seines Generalsekretärs Dr. Born zum Trotz: Die Arbeit der CMA scheint bei den Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft wenig Zuspruch zu finden. Wie der Sonnleitner auf einer Pressekonferenz von Deutschem Bauernverband (DBV), Raiffeisenverband (DRV), Bundesvereinigung der Ernährungsindustrie und CMA in Berlin mitteilte, haben inzwischen 70 Prozent aller so genannten Flaschenhalsbetriebe, die die so genannten „CMA-Gebühren“ an den Absatzfonds abführen müssen, Widerspruch gegen die Abgabenbescheide eingelegt.

Damit dürfte fraglich sein, ob für 2008 eine Kürzung des Haushalts der CMA um 50 Prozent wie für 2007 ausreicht. Denn die widerspruchsbehafteten Abgaben werden von den Flaschenhalsunternehmen zwar abgeführt, der Absatzfonds muss sie aber in Rücklagen stellen und darf sie der CMA nicht zur Verfügung stellen. Denn wenn das Bundesverfassungsgericht das Absatzfondsgesetz in einem laufenden Normenkontrollverfahren für verfassungswidrig erklärt, erhalten die Unternehmen, die jetzt Widerspruch eingelegt haben, ihre Abgaben zurück.

Appelle

Die prekäre Lage für die CMA hat die Spitzen von Bauernverband, Raiffeisenverband und Ernährungsindustrie dazu veranlasst, auf der genannten Pressekonferenz „eindringlich“ an alle Flaschenhalsunternehmen zu appellieren, auf „neue Klagen und Widersprüche gegen die Beiträge zum Absatzfonds zu verzichten“. Laut DBV-Pressemeldung behauptete Sonnleitner zudem, dass mit der Novellierung des Absatzfondsgesetz den „Widersprüchen auf der Grundlage des alten Gesetzes die wesentlichen Begründungen genommen“ seien. Dabei hat die Novelle, die am 11. Mai auch vom Bundesrat angenommen worden ist, aber frühestens im Juni rechtskräftig wird, genau diese wesentlichen Gründe nicht behoben, die das Verwaltungsgericht Köln im bekannten Beschluss vom Mai 2006 dazu veranlasst hatte, das Bundesverfassungsgericht anzurufen (siehe Interview mit Rechtsanwalt Dr. Bittner in Bauernstimme 5/07).

Garniert wurde der Appell an die Unternehmen mit dem Angebot, die CMA und deren Arbeit einer „strategischen Neuorientierung und Wertentwicklung der Absatzförderung“ zu unterziehen.

CMA-Aufsichtsratsvorsitzender Werner Hilse sagte laut DBV-Mitteilung, jetzt sei der richtige Zeitpunkt, die Bedürfnisse der Wirtschaft und die bisherigen Angebote der CMA gegenüberzustellen. „Wir werden in den nächsten Wochen genau hören, welche Anforderungen die Unternehmen der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft haben, und dann gemeinsam mit ihnen ein zeitgemäßes Leistungsspektrum gestalten“, erklärte Hilse.

Der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Ernährungsindustrie Jürgen Abraham hat seine Wünsche schon vorgetragen: Die CMA sollte einen noch größeren Teil ihrer Arbeit auf die Exportförderung konzentrieren, schlug er vor. Bei DBV-Präsident Sonnleitner stieß das auf offene Ohren. Er meinte, die CMA habe „beachtlichen Anteil“ daran, dass die deutsche Agrarwirtschaft sich weltweit zum viertgrößten Exporteur entwickelt habe.

Karlsruhe startet

Das Bundesministerium für Landwirtschaft wird nach Angaben eines zuständigen Mitarbeiters zunächst abwarten, welche Wirkung die Appelle der Verbände bei den Mitgliedern zeigen werden, bevor mit der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) der Umgang mit den Widersprüchen geändert wird. Bekanntlich wünscht sich Sonnleitner, dass die Widersprüche von der zuständigen BLE ablehnend beschieden werden, so dass den Flaschenhalsbetrieben nur der Weg teurer Klagen bleiben würde. Sonnleitner verspricht sich davon abschreckende Wirkung.

Währenddessen hat der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts offenbar die ersten Schritte für das Normenkontrollverfahren zum Absatzfondsgesetz eingeleitet. Wie der Raiffeisenverband mitteilt, habe das Gericht zu erkennen gegeben, dass es u. a. prüfen wolle, wie das Verhältnis von Beiträgen einzelner Erzeugergruppen wie z. B. Milch, Schweinefleisch etc. zu den Ausgaben der CMA für den entsprechenden Produktbereich aussieht. Dieser Hinweis lässt darauf schließen, dass der Senat mit einer entsprechenden Anfrage an den Absatzfonds oder die CMA herantreten ist. Auf der Homepage des Gerichts ist das Verfahren aber noch nicht unter denen zu finden, die noch im Jahr 2007 abgeschlossen werden sollen.

Kurzes am Rande

Top 10 der Mischfutter-Unternehmen

Unternehmen	Mischfutter gesamt (t)	Mischfutter Umsatz (t)	Schwein Marktanteil
1 Agravis Raiffeisen AG, Münster	2.100.000	840.000	10,30 %
2 Peter Cremer Holding, Hamburg	2.350.000	732.500	9,00 %
3 Bröring, Dinklage	1.000.000	520.000	6,40 %
4 HaGe Kiel, Kiel	948.000	430.000	5,30 %
5 For Farmers, NL-Lochem	900.000	346.000	4,20 %
6 ATR Landhandel, Ratzeburg	800.000	300.000	3,70 %
7 GS agri, Schneiderkrug	600.000	240.000	2,90 %
8 Flemming & Wendeln, Garrel	340.000	221.000	2,70 %
9 RKW Süd, Würzburg	600.000	200.000	2,50 %
10 Rothkötter, Meppen	415.000	186.750	2,30 %
Top Ten gesamt	10.053.000	4.016.250	49,30 %
Deutschland gesamt	20.310.000	8.142.977	100,00 %

Im Rahmen einer Strukturanalyse über die deutsche Mischfutterwirtschaft hat die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN) über 100 Unternehmen der Futtermittelbranche befragt. Ergebnis: Die zehn größten Unternehmen beim Mischfutter für Schweine machen die Hälfte des Marktes (49 Prozent) unter sich aus. Die nächsten rund 20 Unternehmen mittlerer Größe teilen sich weitere 37 Prozent. Allein neun der Top Ten befinden sich im nord-westdeutschen Raum. Insgesamt stellen laut ISN bundesweit über 300 Betriebe Mischfutter für Schweine her. „Unsere Analyse zeigt, dass es in der Mischfutterbranche beim Schweinefutter noch einen ausgeprägten Wettbewerb gibt“, so die ISN. „Davon profitieren – anders als in der Schlachtbranche – trotz steigender Futtermittelpreise auch die Schweinehalter.“ In der Schlachtbranche hätten allein drei Konzerne auf dem Markt für Schlachtschweine einen Marktanteil von über 50 Prozent. pm

Hollands Mega-Schweinefabriken

Angesichts der Pläne zum Aufbau von Mega-Schweinefabriken in Ostdeutschland durch holländische Investoren dürfte die folgende Liste der größten holländischen Schweinehalter von Interesse sein. Die Fachzeitung „boerderij“ hat sie im Juli 2006 veröffentlicht (in Klammern die Zahl der Schweine in den Niederlanden):

1. Antoon van Genugten, Best (36.330 Schweine);
2. Kroesbergen, Lunteren (31.600);
3. Driessen/Heide Hoeve, Finsterwolde (30.000);
4. Knoops/Heide Hoeve, Someren (27.600);
5. Straathof/Knorhof, Kapel-Avezaath (27.000);
6. Smits/Princepeel, Wilbertood (25.600);
7. Houben/Houbensteyn, Ysselsteyn (22.400);
8. Van Asten, Helmond (22.000);
9. Mts. Lavrijsen, Reusel (20.000);
10. Bouwman-Romijn, Kootwijkerbroek (18.700).

Trockenkot-Importe

Die Einfuhr von Hühnertrockenkot und Gülle aus Holland stieg laut ISN im Jahr 2006 um 30 Prozent an – auf nunmehr 800.000 Tonnen, die in Deutschland 130.000 ha Ackerfläche belegen. Grund sind u. a. die hohen Zahlungen der Exporteure, die sich aus den wachsenden Tierbeständen und schärferen Nährstoffbilanzen in Holland ergeben. Ab Juli 2007 gibt es keine Notifizierungspflicht mehr für Gülle-Exporte, so dass die deutschen Behörden dann keine Kontrollmöglichkeit mehr haben. Gleichzeitig berichtet *agriholland* von einem gestiegenen Leerstand holländischer Schweineställe infolge gestiegener Gülle-Beseitigungskosten. pm

Smithfield schluckt weiter

Die US-Wettbewerbsbehörde erlaubt dem Schweine-Branchenführer Smithfield die Übernahme des Marktzweiten Premium Standard Farms. Smithfield kommt damit auf über eine Million Sauen in USA. Dagegen hatten viele Politiker aus dem Mittleren Westen protestiert, der Vorsitzende des Senats-Agrarausschusses Harkin verwies auf einen Marktanteil von 20 Prozent in der US-Schweinemast und von 31 Prozent in der Schweinefleischverarbeitung. Schon vor der Fusion hielt Smithfield 14 Millionen Schlachtschweine und verarbeitete 27 Millionen Tiere. Auch in Europa hat der Konzern bereits zahlreiche Unternehmen in Frankreich, Großbritannien, Spanien, Polen und Rumänien aufgekauft, in Rumänien baut man zielstrebig riesige Sauen-Anlagen auf. Die Berufung des bisherigen Südfleisch-Chefs Kiesel zum „Smithfield-Operator Europe“ gilt als weiteres Signal in diese Richtung. en

Verkaufsverbot für Genmais

Nach Bescheid des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit darf der gentechnisch veränderte Mais Mon 810 nicht mehr in Verkehr gebracht werden

Die Überraschung war perfekt, als das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) am 9. Mai das vorläufige Aus für den Genmais Mon810 beschied. Das Verbot gilt mindestens, bis dem BVL von Monsanto ein Plan für die Überwachung der Auswirkungen des Genmaisbaus vorgelegt wurde. Als Begründung für diesen Schritt wird angeführt „Es besteht insbesondere die Gefahr, dass durch Persistenz und Akkumulation langfristige und großflächige Wirkungen auf Umwelt und Natur der oben geschilderten Arten eintreten werden. Jeder Anbau trägt zum Akkumulationsprozess bei. Hierbei muss die hohe Bedeutung der Schutzgüter Umwelt und Natur berücksichtigt werden.“

Kein Genmais 2007?

Doch welches Kalkül steckt hinter dem Bescheid? Ein Schutz vor Verunreinigung und irreparablen Schäden in der Umwelt offenbar nicht. Denn verboten ist allein der weitere Verkauf von Saat-

gut und das zu einem Zeitpunkt, zu dem in der gesamten Republik die Aussaat gerade zwei Wochen zurück liegt. Der bereits ausgesäte Mais soll weiter wachsen dürfen. Monsanto selbst zeigt sich von dem Bescheid überrascht. Glaubt man Andreas Thierfelder von Monsanto Deutschland, dann erfüllt das Unternehmen bereits alle Anforderungen. „Monsanto betreibt bereits jetzt ein Monitoring-Programm, das den zukünftig geforderten Auflagen voll und ganz entspricht. Für Landwirte werden sich 2007 keinerlei Änderungen ergeben. Sie können sich weiterhin auf die Sicherheit und Qualität des Produkts verlassen.“ Sollte die Bundesbehörde dies tatsächlich übersehen haben. Ja und Nein. Denn es ist gut möglich, dass die Aussagen von Herrn Thierfelder nicht nur geschickte Pressearbeit sind, sondern den Tatsachen entsprechen. Wenn Monsanto aber ein Monitoring-Programm verfolgt, bedeutet das nicht automatisch, dass die Ergebnisse öffentlich zugänglich sind.

Beispiel Mon863

Schon bei der Zulassung hatte Monsanto zahlreiche Untersuchungen, unter anderem Fütterungsversuche an Ratten, durchgeführt und dann nur bruchstückhaft veröffentlicht. Erst durch eine Klage von Greenpeace wurden die vollständigen Ergebnisse und die negativen Auswirkungen eben jenes Mon863 öffentlich. Damals waren es vor allem Schädigungen am Leber- und Nierengewebe und die Veränderung des Blutbildes, die Monsanto nicht veröffentlichen wollte. Wenn Monsanto tatsächlich ein Monitoring betreibt, dann muss dieses öffentlich zugänglich sein. „Das Unternehmen muss Methoden, Daten und Ergebnisse offen legen,“ sagt Annemarie Volling von der Koordination Gentechnikfreie Regionen in Deutschland.

offizielles Monitoring

Der Erlass bietet die Chance, eine Grundlage dafür zu schaffen, ein öffentlich zugängliches und kontrolliertes, aber von Gentech-Unternehmen wie Monsanto



finanziertes Monitoring-Programm zu etablieren. Das Bundeslandwirtschaftsministerium und allen voran Horst Seehofer machen derzeit aber nicht den Eindruck, als könnten sie eine derartig Position gegen die gentechnikfreundliche Bundeskanzlerin und die Forschungsministerin durchsetzen. Vielleicht ist es gerade das Wissen um die eigene Schwäche, die dazu führte, dass dieser Bescheid aus dem Hause Seehofer so kurz nach der Aussaat veröffentlicht wurde. Erst mal bleibt alles beim alten und bis zur nächsten Aussaat ist es noch weit. Schutz von Umwelt und Verbrauchern sieht anders aus. *mn*

Kontamination soll legitimiert werden

Nach langem Ringen liegt jetzt ein Referentenentwurf für ein neues Gentechnikgesetz vor, der zeigt, dass die Bundesregierung kein Interesse am Schutz einer gentechnikfreien Landwirtschaft hat

Horst Seehofer bleibt ein Landwirtschaftsminister mit zwei Gesichtern. Auf Tagungen des ökologischen Landbaues und in seinem Wahlkreis im bayerischen Ingoldstadt gibt er sich gern kämpferisch und will sich für eine gentechnikfreie Landwirtschaft einsetzen. Der jetzt öffentlich gewordene Referentenentwurf für ein neues Gentechnikgesetz allerdings zeichnet ein ganz anderes Bild: Anbau vereinfachen, Haftung reduzieren, Tore öffnen.

Keine Kostenübernahme

Der Gesetzentwurf, wie auch die politisch Verantwortlichen ignorieren nach wie vor die hohen Kosten, die der gentechnikfreien Landwirtschaft durch Analysen zum Nachweis der Gentechnikfreiheit entstehen. Stattdessen soll ein Haftungsschwellenwert von 0,9 Prozent abgeleitet vom Kennzeichnungsschwellenwert festgeschrieben werden. Dabei ignoriert der Gesetzgeber, dass weite Teile der Lebensmittelindustrie Grenzwerte für gentechnische Verunreinigungen in der Größenordnung 0,1 bis 0,5 Prozent definiert haben, um einen kleinen Puf-

fer für ihren Verarbeitungsprozess zu haben.

Öffentlichkeit ausgeschlossen

Das Standortregister soll unschärfer werden. Bisher waren die Gentechflächen flurstückgenau angegeben. In Zukunft soll lediglich die Gemarkung angegeben werden. Für mehr Informationen steht im Entwurf: „Die zuständige Bundesoberbehörde erteilt aus dem nicht allgemein zugänglichen Teil des Registers Auskunft über das Grundstück, soweit der Antragsteller ein Interesse darlegt und bei ihm nicht Tatsachen die Vermutung begründen, dass die Auskunftserteilung der Erleichterung der Feldzerstörung dienen soll.“ Eine pauschale Verdächtigung aller Interessierten. Und dabei ist die Zahl der Feldzerstörungen seit Einführung des öffentlichen Standortregisters kontinuierlich zurück gegangen.

Abstände

Der Gesetzentwurf schreibt für Genmais einen Mindestabstand von 150 Metern zum nächsten konventionellen oder biologischen Mais vor. Im europäischen Vergleich gehört diese Regelung mit zu

den schlechtesten. Im Mittel liegt der Abstand für Mais bei 231 Metern, in Ungarn bei 400 Metern und in Luxemburg sogar bei 800 Metern.

private Absprachen

Eine besondere bürokratische Raffinesse verbirgt sich hinter der Informationspflicht von Gentechnikanbauern gegenüber Nachbarn. Nachbarn sind all jene, deren Felder im Umkreis von 225 Metern liegen. Sie müssen spätestens drei Monate vor dem geplanten Anbau informiert werden. Ob schriftlich, abends beim Bier oder auf Zuruf ist nicht geregelt. Die Nachbarn müssen binnen einen Monats reagieren und mitteilen, dass ihre „Flächen nicht mit gentechnisch veränderten Pflanzen bestellt werden und welcher Art die Pflanzen angehören.“. Wer diese „für seinen Schutz erforderlichen Auskünfte“ nicht erteilt muss auch nicht geschützt werden. Viel Platz für Missverständnisse und Gerichtsprozesse.

Freisetzung vereinfacht

Nach dem „Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung gentechnikrecht-

licher Vorschriften“ werden Forschungsfreisetzung in Zukunft deutlich vereinfacht. Wenn die Freisetzung an einem Standort genehmigt ist, kann das Unternehmen bzw. die Forschungseinrichtung beliebig viele weitere Standorte nachmelden, ohne dass es zu einer weiteren Umweltverträglichkeitsprüfung oder Beteiligung der Öffentlichkeit käme.

Politischer Bankrott

Wenn man Horst Seehofer seine gentechnikkritische Haltung, die er immer wieder kund getan hat, noch glaubt, dann kann dieser Gesetzentwurf nur als Bankrotterklärung gegenüber den Interessen der Bundesforschungsministerin Schavan und der Bundeskanzlerin Angela Merkel verstanden werden. Nach wie vor wird versucht zu vermitteln, Koexistenz sei möglich. Das Gesetz öffnet die Tür für die von vielen Gentechnikkritikern befürchtete schleichende Kontamination. Ein Gesetz, welches den Umgang mit Gentechnik in der Zukunft festschreibt, muss die gentechnikfreie Landwirtschaft schützen und nicht Unternehmen wie Monsanto bei ihren fragwürdigen Geschäften unterstützen. *mn*

Honig mit Genpollen ist nicht verkehrsfähig

Wegen fehlender Zulassung darf Genmais nicht blühen.

Bei der Gentechnikdiskussion um Abstände und Schwellenwerte wurden die Interessen der Imker lange ignoriert. Die Klage eines Imkers vor dem Verwaltungsgericht Augsburg hatte jetzt Erfolg. Der Imker hatte im letzten Jahr bei einer Analyse seines Honigs Genpollen vom benachbarten Versuchsfeld gefunden. Seinen Honig konnte er daraufhin nicht mehr vermarkten. Mit einem Eilentscheid verpflichtete das Verwaltungsgericht Augsburg den Freistaat Bayern in diesem Jahr, auf dem betroffenen Versuchsfeld in Kaisheim dafür zu sorgen, dass kein Genpollen freigesetzt wird.

Über Hintergründe und Auswirkungen dieser Verfahren sprachen wir mit Rechtsanwalt Dr. Buchholz, der den Kläger vertritt.

Anfang Mai hat das Verwaltungsgericht Augsburg für einen von Ihnen vertretenen Imker entschieden. Wie kommt es zu dieser Entscheidung?

Wir haben festgestellt, dass MON810 nur für bestimmte verarbeitete Lebensmittel zugelassen ist, die keine genetisch veränderten Organismen (GVO) mehr enthalten (z. B. Maisgluten oder Maisgries). Sind noch intakte Organismen vorhanden, die ihr genetisches Material noch übertragen können, ist eine besondere Genehmigung erforderlich.

Und im Honig ist dies der Fall?

Hier ist die Besonderheit, dass der Pollen mit der Erbinformation des genetisch veränderten Mais enthalten ist. Deswegen ist Honig ein Produkt, vor allem aber der Pollen, in dem die Erbinformation noch enthalten sind. Und dieses Produkt ist nach EU-Recht nicht zugelassen.

Die Gegenseite, Monsanto z. B., betont immer wieder, dass Honig ein tierisches Lebensmittel sei und daher nicht der Kennzeichnungsverordnung unterliege.

Es gibt keine Ausnahmegesetz für tierische Lebensmittel. Man unterscheidet aus GVO hergestellte Lebensmittel, die zulassungs- und kennzeichnungspflichtig sind, und mit GVO hergestellte Lebensmittel, für die das Lebensmittelrecht nicht gilt. Letztere, die mit GVO hergestellten Lebensmittel, werden auch als tierische Produkte be-

zeichnet. Dazu zählen z. B. Milch und Fleisch von Tieren, die mit GVO gefüttert wurden. Diese Produkte enthalten allerdings nach gegenwärtigem Kenntnisstand keine GVO mehr. Wenn das Produkt aber GVO enthält, spielt es keine Rolle mehr, ob das Lebensmittel tierischen Ursprungs ist oder nicht.

Für den Honig des betroffenen Imkers würde dies bedeuten, wenn er Genpollen enthält, ist er kennzeichnungspflichtig?

Er ist dann überhaupt nicht mehr verkehrsfähig. Die Kennzeichnungspflicht greift nur, wenn ein Produkt zugelassen ist. Wenn das Produkt aber gar nicht zugelassen ist, dann dürfen Sie es nicht in den Verkehr bringen.

Genmais ist demnach nur als Futtermittel zugelassen?

Die ursprüngliche Zulassung erstreckte sich auf Futtermittel und bestimmte Saatgutsorten. Verarbeitete Lebensmittel sind gesondert zugelassen. Die Europäische Kommission und nationale Behörden haben diese Zulassungen und Übergangsvorschriften bei neuen, strengeren gesetzlichen Anforderungen immer sehr großzügig zu Gunsten von Monsanto ausgelegt. Da wurden in der Vergangenheit mehrfach in einer Weise die Augen zugedrückt, die wir für nicht mehr rechtmäßig halten. Ganz unstrittig ist aber die oben dargestellte Zulassungslücke im Bereich der Lebensmittel, die jetzt auch vom Verwaltungsgericht Augsburg bestätigt wurde.

Gibt es in anderen Regionen Deutschlands Klagen gegen den Genmaisanbau?

Wir haben noch andere Verfahren laufen. Das Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder hat einen Eilantrag abgelehnt. Die Begründung war, dass der GVPollen im Honig gar kein Organismus mehr ist, weil er nämlich eine andere Maispflanze nicht mehr befruchten kann. Unserer Ansicht nach ist dies eine zu enge Auslegung. Erbinformation kann nicht nur durch natürliche Befruchtung, sondern auch auf andere Weise übertragen werden (z. B. auf Darmbakterien). Zudem dient das lebensmittelrechtliche Verfahren nicht primär dem Schutz vor Risiken der natürlichen Befruchtung durch GVO.

Eine solche dürfte nach dem Verzehr bei den meisten Lebensmitteln ausgeschlossen sein. Der Körper reagiert aber möglicherweise auf diese veränderten Organismen anders als auf herkömmliche Nahrung.

Hat das Gentechnikgesetz nicht die Aufgabe, die Bevölkerung zu schützen?

Das Gentechnikrecht ist vorsorgeorientiert. Solange man nicht hinreichend sicher weiß, dass genetisch veränderte Lebensmittel unbedenklich sind, dürfen sie nicht in den Verkehr gebracht werden. Dazu dient das Zulassungsverfahren. Die europarechtlichen Vorschriften gehen gewissermaßen von der Vermutung aus, dass Risiken bestehen, solange nicht das Gegenteil bewiesen ist. Daher darf auch Honig, der GVO-Pollen enthält, nicht verkauft werden.

Welche Auswirkungen werden diese Verfahren auf die anstehende Erneuerung der Zulassung des Mon810 haben?

Die anstehende Erneuerung ist quasi eine Verlängerung der nur befristeten Zulassung. Hier stellt sich die Frage, in welchem Umfang diese neue Zulassung erteilt wird. Bisher haben wir noch keine Signale, dass Monsanto eine umfassende Zulassung auch für GVO enthaltende Lebensmittel anstrebt. In jedem Fall wäre aber ein Neuzulassungsverfahren nötig, weil es bisher keine Zulassung als Lebensmittel gab, die erneuert werden könnte. Unserer Kenntnis nach ist bisher noch kein Antrag gestellt. Die Zulassungslücke wird also weiterhin bestehen bleiben. In den Gerichtsverfahren hat Monsanto sich übrigens auf den Standpunkt gestellt, die Imker müssten die Zulassung beantragen, schließlich wollten sie – und nicht Monsanto – ihren Honig verkaufen. Das ist natürlich absurd.

Wäre Ihre Begründung noch haltbar, wenn der Mais als Lebensmittel zugelassen wäre?

Nein, dann würde das Schwellenwertregime greifen und speziell beim Honig müsste geschaut werden, auf welche Anteile es ankommt. Ob das Verhältnis GVO-Pollen zu Honig, GVO-Pollen zu Pollen oder GVO-Pollen zu Maispollen relevant ist. Man muss aber auch bedenken, dass Imker nicht nur Honig verkaufen, sondern auch reinen Pollen. Da kommt man sehr schnell über die Schwellenwerte.

Imker gibt es bundesweit und daher auch die Problematik von Bienen, die



Rechtsanwalt Dr. Buchholz;
Kanzlei Gaßner, Groth, Siederer & Coll.

Genmaispollen eintragen. Welche Auswirkungen wird dieses Urteil haben?

Nach dem Beschluss des VG Augsburg muss jeder, der Mais MON 810 anbaut, sicherstellen, dass sein Pollen nicht in irgendeinen Honig oder Speisemais in der Umgebung gelangen kann. Das heißt, er müsste alle Pollenfahnen abschneiden, müsste verhindern, dass der Mais blüht oder alle Imker in der Umgebung dazu bewegen, dass sie mit ihren Bienen genug Abstand nehmen, damit der Genmais nicht mehr im Flugkreis liegt. Das sind dann ca. 6 km.

Genau dies fordert die Gegenseite. Dass die Imker ausweichen.

Das Gentechnikgesetz regelt hier eindeutig, dass derjenige, der gentechnisch veränderte Organismen anbaut, in erster Linie selbst dafür sorgen muss, dass die anderen nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Das bedeutet auch, dass unwesentliche Beeinträchtigungen hingenommen werden müssen. Wenn aber ein Produkt nicht mehr verkehrsfähig ist, ist das eine wesentliche Beeinträchtigung.

Die Bundesregierung erarbeitet derzeit eine Koexistenzverordnung, in der beispielsweise eine Informationspflicht für Nachbarn und die Einhaltung von Mindestabständen für den Maisanbau geregelt werden sollen. Bisher ist ein Schutz von Imkern nicht vorgesehen. Es wird auch nicht berücksichtigt, dass bei einer fehlenden Zulassung als Lebensmittel besondere Schutzvorkehrungen notwendig sind. Das Verwaltungsgericht Augsburg hat ganz klar festgestellt, dass beides notwendig ist.

Vielen Dank für das Gespräch.

weitere Informationen:
www.bienen-gentechnik.de/

Chemiegewerkschafts-Spitze unterstützt Biotech-Unternehmer

Die **Industriegewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie (IG BCE)** unterstützt die Unternehmen in ihrer Branche nicht nur in Sachen Kernenergie, sondern auch bei der Durchsetzung der Risikotechnologie Gentechnik

Gentechnik-Zickzack

Über einen „Zickzack auf dem Gentechnik-Feld“ von Till Backhaus, Agrarminister von Mecklenburg-Vorpommern, berichtet die *Ostseezeitung*: Im „AgroBio-Technikum“ Groß Lüsewitz rede er von „bahnbrechenden Innovationen“ durch die Gentechnik und sage dort den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu – parallel dazu verspreche er dem BUND das Verbot von Gentechnik auf landeseigenen Flächen (um dann einige Tage später lediglich eine Anzeigepflicht für einen solchen Anbau anzukündigen). Gleichzeitig rät Backhaus (gemeinsam mit dem Bauernverband) den Landwirten, wegen der fehlenden Haftungsregeln die Finger von der „grünen Gentechnik“ zu lassen. Der BUND hat Backhaus' Verhalten als „Doppelzüngigkeit“ bezeichnet. *pm*

Cargill-Sojahafen gestoppt

Brasilianische Behörden haben den Hafen des US-Getreidemultis Cargill in Santarem am Amazonas geschlossen, weil das vorgelegte Umweltgutachten nicht den Anforderungen entspreche. Der Hafen soll Schiffen mit mehr Tiefgang den Transport von Soja aus dem Regenwaldgebiet ermöglichen. *AIZ*

Bereits vor zwei Jahren hatte Gewerkschafts-Chef Hubertus Schmoldt bei einem Kongress alle jene als politische Gegner gekennzeichnet, die „die Ängste der Menschen“ instrumentalisierten und „in die Irre“ führten und „um ihre Zukunfts-Chancen“ brächten. Die Angst vor gentechnisch veränderten Pflanzen sei vergleichbar mit der „früheren Furcht vor Meeresungeheuern“ – die damals die Entdeckung Amerikas verhindert habe und heute die Erkundung des „ökonomisch viel versprechenden Neulands der Wissenschaft“...

Bei einer Pressekonferenz im April zu den „Beschäftigungspotenzialen der Biotechnologie“ verstieg sich Gewerkschaftsvorsängerin Edeltraud Glänzer sogar zu der Aussage, die „Bio- und Gentechnologie“ bilde die „Grundlage für Medizin, Pharmazie, Landwirtschaft und Umwelttechnik“. Wie zuvor schon Schmoldt behauptete Frau Glänzer, die Gentechnik „beschere“ uns „gesündere und ertragreichere Feldfrüchte“ und einen „wirksamen Umweltschutz“.

Die Bedenken in der Bevölkerung zu diesem „schwierigen Thema“ erklärte sie damit, dass „die Zusammenhänge nicht immer leicht zu verstehen“ seien. Mit Blick auf die Novellierung des Gentechnikgesetzes unterstützt die IG BCE das Seehofer-

Papier und kritisiert gezielt die SPD, die höhere Mindestabstände fordert. Als Gegenleistung für diese Gentechnik-Schützenhilfe verlangte Frau Glänzer von den Biotech-Unternehmern mehr Mitbestimmung und Tarifsicherung – allerdings mit unklaren Erfolgsaussichten...



Bei der Pressekonferenz kam auch die Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie zu Wort, von der sich die IG BCE ihre Studie hatte erstellen lassen. Besonders abstrus: Zu den „Biotechnologie“-Arbeitsplätzen zählt die Studie u. a. auch das klassische Bierbrauen, Käse- und

Joghurtherstellung, Backen etc. Man erhebt die übliche Klage über die zu „komplexen Gesetze“ und verlangt eine niedrigere Besteuerung von „Biotech-Schmieden“ sowie den Zugang zu billigem Weltmarktzucker.

Im Gegensatz zur IG-BCE hat die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) in einem Positionspapier zur „Gentechnik im Lebensmittel- und Agrarsektor“ im November 2006 vor allem die kritischen und gefährlichen Punkte dieser Risikotechnologie zusammengefasst: Sie befürchtet eine Abhängigkeit der Landwirtschaft, der Dritte-Welt-Länder und mittelständischer Firmen von Saatgutmonopolen und betont den Vorrang der Interessen der Verbraucher und der Beschäftigten an Transparenz, Koexistenz und Wahlfreiheit.

Kritisch zur „grünen Gentechnik“ äußert sich auch die Agrargewerkschaft IG-BAU und warnt vor der Vernichtung von Arbeitsplätzen durch die Einführung der Gentechnik.

Ganz im Gegensatz zur IG-BCE-Spitze dürften NGG und IG-BAU damit die Meinung der Mehrheit aller Gewerkschaftsmitglieder wiedergeben. Es wird Zeit, dass sich auch andere Gewerkschaften und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in diesem Sinne positionieren... *en*

Amfloras Ende?

Auf europäischer Ebene wird derzeit entschieden, ob die Antibiotikaresistenz der Genkartoffeln den Anbau vorzeitig beendet

Vor wenigen Wochen konnte im Fall der Anbauzulassung für die gentechnisch veränderte Stärkekartoffel „Amflora“ der BASF-Tochter Plant Sciences nur konstatiert werden, dass das übliche Abnicken durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA seinen Gang genommen hat (siehe Unabhängige Bauernstimme 5/2007). Mittlerweile hat die Veröffentlichung einer Stellungnahme der Europäischen Medikamentenbehörde EMEA Überraschendes zu Tage gefördert.

Zur Erinnerung: Im vorliegenden Fall wurde unter anderem kritisiert, dass in den Amflora-Kartoffeln so genannte Antibiotikaresistenz-Markergene verwendet werden. Und genau darauf beziehen sich auch die Aussagen aus dem Schreiben der EMEA an die Europäische Kommission. Die EFSA hatte wie folgt argumentiert: Da ein Gentransfer von in die GV-Kartoffeln

eingesetzten Antibiotikaresistent-Genen auf Krankheitskeime extrem unwahrscheinlich ist, gefährdet der Einsatz dieser Gene die Wirksamkeit von Medikamenten nicht. Betroffen wären die Antibiotika Neomycin und Kanamycin. Zudem wurde pauschal attestiert, dass Antibiotikaresistenzen gegen diese Antibiotika schon sehr weit verbreitet seien.

Die EMEA lässt diese Argumentation nicht gelten. Zu der Wahrscheinlichkeit äußert sich die Medikamentenbehörde nur mit dem Verweis, dass eine Übertragung der Resistenzen im Labor beobachtet worden sei. Außerdem macht sie deutlich, dass eine differenzierte Betrachtung notwendig sei. Die Verbreitung von Resistenzen gegen die Antibiotika sei in verschiedenen Ländern und in verschiedenen Bakteriengruppen sehr unterschiedlich. Außerdem müssten die beiden Antibiotika insbeson-

dere auch deshalb in ihrer Wirksamkeit geschützt werden, weil möglicherweise in der Zukunft andere Antibiotika aus der gleichen Gruppe bedeutsam werden könnten. „Sie haben das Potential extrem wichtig zur Behandlung anderweitig multi-resistenter Erreger (...) zu werden.“ So wurde zum Beispiel Kanamycin erst in der jüngsten Vergangenheit in Estland in ein Programm zur Bekämpfung von Tuberkulose eingeführt.

Nur wenige Tage nach der Veröffentlichung der EMEA-Stellungnahme hat die BASF Plant Sciences zwei ihrer drei Vermehrungsstandorte in Brandenburg und Mecklenburg Vorpommern ohne Angabe von Gründen zurückgezogen. Der Anbau ist als Freisetzungsvorhaben angemeldet, war aber zum Redaktionsschluss noch nicht genehmigt.

Christof Potthof

Im Mai gibt's Nudeln

Mit absurden Behauptungen versucht die STV, Bauern in die kriminelle Ecke zu drängen

Die Pflanzzüchter sind immer mal wieder für spannende Unterhaltung gut. Diesmal führen sie uns die vermeintlich kriminellen Energien mindestens eines vielleicht auch zweier Bio-Betriebe vor. Der eine ist ein größerer Betrieb in der Nähe von Dresden mit einer umfangreichen Direktvermarktung und einer ganzen Palette eigener und zugekaufter Erzeugnisse. Auf seinen Ackerflächen vermehrt er auch Kartoffeln für die Firma Europlant. Der andere Hof ist ein vielseitiger Ackerbaubetrieb in Südniedersachsen.

Wir bewegen uns zurück ins Frühjahr 2004, die Kartoffelsaison neigt sich dem Ende, qualitativ gute Speiseware wird weniger. Der Sachse macht sich auf die Suche nach der Sorte Ditta, „über den Buschfunk“ wie er später zu Protokoll gibt. Fündig wird er im entfernten Niedersachsen, unser Bauer dort verkauft ihm knapp 13 Tonnen lose abgepackt in zehn sogenannten Big Bags. Die Rechnung weist die Kartoffeln ordnungsgemäß als Speiseware aus. Im Mai 2004 gibt der Sachse bei der Firma Europlant seine Vermehrungsvorhaben und seinen Konsumanbau an und verschweigt auch nicht, dass er 125 Dezitonnen Ditta gepflanzt hat, die Ditta, die er in Niedersachsen gekauft hatte und eigentlich als Speiseware weiterverkaufen wollte. Sie war ihm verkeimt und so hatte er sich einfach kurz entschlossen, sie in die Erde zu bringen. Die Kartoffeln wuchsen, wurden geerntet und sind längst gegessen, als im Mai 2006 eine Strafanzeige beim Niedersachsen landet wegen des „Verdachts des unberechtigten Inverkehrbringens von Saatgut sortenschutzrechtlich geschützter Kartoffelsorten.“ Die vom Sortenschutzinhaber – die Firma Böhm aufgegangen in Europlant – bemühte Rechts-

anwaltskanzlei beantragt dann gleich noch eine „Durchsuchung der Wohn- und Geschäftsräume des Beschuldigten“ in Begleitung eines Sachverständigen der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH, damit auch ja keine Beweismittel verloren gehen. „Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass die STV unentgeltlich tätig wird.“ Die Erkenntnis, dass es sich bei dem Verkaufsakt von Anfang an um einen illegalen Pflanzgut statt eines legalen Speise Deals gehandelt hat, ziehen die Ankläger maßgeblich aus der Tatsache, „dass der Verkauf zur typischen Pflanzzeit an einen Landwirt sowie über eine nicht unerhebliche Entfernung erfolgte.“ Überdies würden „Speisekartoffeln nicht mit 35 mm + vorsortiert und lose verkauft.“ Weiterhin erfolge der Verkauf von Speisekartoffeln „grundsätzlich gesackt“. Ein Sachverständiger der STV könne das bestätigen. Dieser Sachverständige isst offenbar von April bis Juni nur Nudeln und Reis aus regionalem Anbau und scheint nicht viel Einblick in den Kartoffelhandel zu haben. Jeder andere Sachverständige würde bestätigen, dass es natürlich gängige Praxis ist, auch Speise-

kartoffeln vorsortiert und lose zu verkaufen, zumal es sich ja hier sogar um eine Zwischenhandlungsstufe handelt.

Vielmehr scheint sehr bewusst versucht worden zu sein, über Absurditäten ein kriminelles Szenario aufzubauen, um von Seiten der Züchter über das Eingreifen der Staatsanwaltschaft an Informationen zu kommen, die sie anders nicht erlangen konnten. So wurde z. B. in einem späteren Schreiben noch einmal auf die Notwendigkeit einer Durchsuchung beim Kartoffelverkäufer gedrängt, da „zahlreiche Treffer einer Internetrecherche bei Google“ bestätigen, „dass der Beschuldigte immer noch als Landwirt aktiv ist.“ Es bestehe „zu befürchten, dass der Beschuldigte nach wie vor Schwarzhandel betreibt.“ Tatsächlich ließ sich die Staatsanwaltschaft zunächst darauf ein, das Verfahren zu eröffnen, offenbar nicht ohne – so die Gerüchteküche – einen gewissen Druck von außen.

Im Verfahren erblindete Justitia glücklicherweise wieder, so dass am Ende der Freispruch des Bauern stand, dessen Kosten allerdings ja auf den Schultern der Allgemeinheit zurückbleiben. Strafanzeigen, also das Einschalten der Staatsanwaltschaft, sind so für die Züchter und die STV am Ende eine lohnende Sache: Bedrohliche Worte schüchtern erst einmal ein, staatsanwaltschaftliche Untersuchungen versorgen die Initiatoren unter Umständen mit Informationen, die ihnen gar nicht zugänglich sein dürfen und das alles auch noch zum Nulltarif, da der Staatsanwalt aus der Steuerkasse bezahlt wird. cs



Wie kommt das Saatgut in die Tüte? ©BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler

Landwirteprivileg antiquiert

Zum „Tag des geistigen Eigentums“ am 26. April sprach Wolf von Rhade, Geschäftsführer der Nordsaat Saatzuchtgesellschaft und Vorstandsmitglied des Bundesverbandes deutscher Pflanzzüchter (BDP) deutliche Worte: Das Landwirteprivileg sei nicht mehr zeitgemäß, da die sozialen Aspekte, auf die es sich ursprünglich stütze, in der modernen Agrarwirtschaft keine Gültigkeit mehr besäßen. Durch den enormen Strukturwandel seien große, unternehmerisch geführte Ackerbaubetriebe entstanden. Dementsprechend sei die ausbleibende Belebung am



Z-Saatgutmarkt dem stark ausgeprägten Kostenbewusstsein in der Landwirtschaft geschuldet. In von Rhades Weltbild existieren also nur noch große, durchrationalisierte Agrounternehmen, die Nachbau als reine Kostenminimierungsmaßnahme betreiben. Dass der Widerstand gegen Nachbaugebühren von einer Organisation getragen wird, die sich den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft auf die Fahnen geschrieben hat, ist ihm offensichtlich ebenso entgangen wie die Tatsache, dass es außerdem auch noch die Bioszene gibt, in der die Entwicklung von Hofsorten aus

dem eigenen Nachbau eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Natürlich nutzen auch all diese Bauern und Bäuerinnen den Züchtungsfortschritt und sind bereit, dafür zu bezahlen, wie es von Rhade einfordert. Ob das allerdings tatsächlich über eine Nachbaugebühr abgegolten werden muss, sollte mindestens debattiert werden. Wenn diese Bäuerinnen und Bauern allerdings als Partner der Saatgutwirtschaft überhaupt nicht mehr wahrgenommen werden und man nur noch geldeinsparungsgeile Agrarfabrikanten sieht, kann es auf bäuerlicher Seite auch passieren, dass man andererseits nur noch geldeintreibungsgeile Züchtungskonzerne wahrnimmt, mit denen man möglichst wenig zu tun haben sollte. cs

Europlant kanns nicht lassen

Der Schreiber der Pressemitteilung war, man merkt es dem Text an, in einem Dilemma. Es muss etwas verkündet werden, was eigentlich nicht sein darf. Es darf sie eigentlich nicht mehr geben, allein schon ihren Namen noch mal in die Tastatur tippen zu müssen... Eigentlich will man die alte ignorieren und die neue bejubeln und nun muss man die neue bejubeln, aber eben auch eingestehen, dass die alte auch noch wieder ihren Platz hat. Der verunglückte Spagat klingt dann so:

„Nach dem Ende des großflächigen Linda-Anbaus in Deutschland und der Übernahme dieses Marktsegmentes durch die Sorte Belana hat sich Europlant entschlossen auf einer kleinen Fläche auch im Jahr 2007 Pflanzkartoffeln der Sorte Linda zu vermehren. (...) Europlant hofft hiermit für eine kleine Zahl von hoch spezialisierten Landwirten eine Möglichkeit zu schaffen, diese Sorte noch eine Zeit lang anbauen zu können, bis von der neuesten Salatsorte Allianz genügend Pflanzgut zur Verfügung steht, um diesen Nischenmarkt ausreichend zu versorgen.“ Alles natürlich vorbehaltlich der ausstehenden Wiederezulassungsentscheidung des Bundessortenamtes, versteht sich. Der Linda-Freundeskreis beglückwünscht Europlant zu dieser weitsichtigen Entscheidung. cs

Terminhinweis:
Am 27. Juni findet in Karlsruhe vor dem Bundesgerichtshof erneut eine Verhandlung um neue Aspekte in Sachen Nachbaugebühren statt. Nähere Infos bei Georg Janßen, 04131 407757

Pharma-Erbse in Gatersleben freigesetzt

75.000 Bürger, Verbände und Saatgutinitiativen hatten Einwände gegen den Freisetzungversuch eingereicht

Anfang Mai hat die Firma Novoplant, trotz massiver Proteste kurz nach Erteilung der Genehmigung durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) in Gatersleben die gentechnisch veränderte Pharma-Erbse freigesetzt. Den Versuch in unmittelbarer Nähe zur Genbank durchzuführen sei „Eine hochriskante Mischung“, sagt Andreas Bauer vom Umweltinstitut München, der die Einwendung formuliert hatte. Unter einem Folientunnel sind auf 100 qm 600 gentechnisch veränderte Erbsen ausgesetzt worden. Die transgenen Erbsenpflanzen sind mit Genen aus Ackerbohnen, Mäusen und dem Blumenkohlmosaikvirus so verändert worden, dass sie Antikörper gegen bakterielle Durchfallerkrankungen von Schweinen produzieren. Eingesetzt werden sollen die Pharma-Erbsen dann als Futterzusatz – insbesondere im Ferkelfutter –, zur vorsorglichen Behandlung von Durchfallerkrankungen (E.-Coli-Infektionen).

Seit der prophylaktische Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft aufgrund erheblicher Resistenzprobleme 2006 verboten worden ist, sucht die Branche händeringend nach Ersatz, be-

richtet Novoplant-Geschäftsführer Dieter Falkenburg in der *Frankfurter Rundschau*. Ein Fütterungsversuch der Tierärztlichen Hochschule Hannover, bei dem die Schweine mit E.-Coli-Erregern infiziert wurden, um die Wirkung des mit Pharma-Erbsen versetzten Futters zu testen, zeigte keine positiven Effekte auf den Verlauf der Infektion. In einem Folgeversuch wird nun versucht, den Pharma-Erbsenanteil in der Futtermischung zu erhöhen.

Eine Freisetzung von Pharma-Pflanzen und damit potentieller Verunreinigung unserer Nahrungsmittel mit pharmakologisch wirksamen Stoffen ist unverantwortlich. Insbesondere Pharmastoffe in Nahrungspflanzen zu einzubauen ist ein Spiel mit dem Feuer. Eine Vielzahl von Gentechnik-Skandalen in Amerika beweisen, dass Kontaminationen über kurz oder lang unvermeidlich sind. Selbst die Gentechnik-Industrie gibt mittlerweile zu, dass Auskreuzungen gentechnisch veränderter Pflanzen nicht zu vermeiden sind.

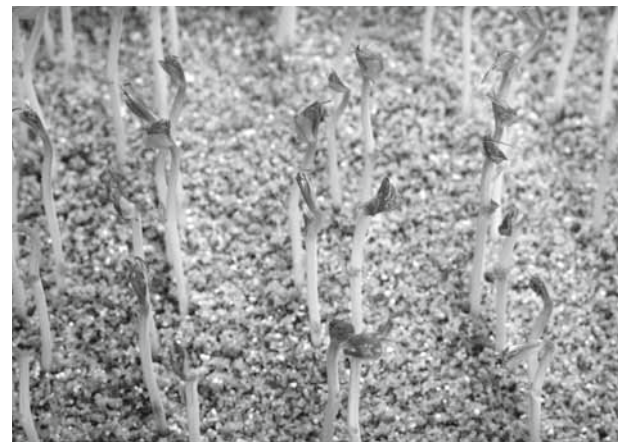
In Gatersleben lagern 5.600 Muster von Wild- und Kulturformen der Erbse, damit beherbergt Gatersleben die weltweit größte Vielfalt dieser Pflanzenart.

Besonders brisant ist, dass laut Genehmigungsbescheid in diesem Jahr keine anderen Erbsen auf dem Gelände der Genbank zur Vermehrung und zum Erhalt der Keimfähigkeit angebaut werden. Dies ist ein massiver Einschnitt in die zentralen Aufgaben der Genbank, zu der neben der Sammlung und der Bereitstellung von Saatgutmustern insbesondere die Vermehrungsarbeit zählt. Diese Vermehrung der Erbsen soll im Jahre 2007 ausgesetzt werden – zu Gunsten eines hochriskanten Freisetzungversuches eines Privatunternehmens – der Firma Novoplant GmbH. Die Firma Novoplant hat sich 2000 in Gatersleben gegründet, die Firma beschäftigt sich ausschließlich mit der Herstellung von Pharma-Pflanzen, sowohl für den Nutz- als auch für den Haustierbereich. Novoplant erhielt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung großzügige Steuerermittel, zusätzlich fördert das Land Sachsen-Anhalt Novoplant im

Rahmen seiner Biotechnologie-Offensive.

In Gatersleben – einer der größten Genbanken für alte Kulturpflanzen weltweit, einer Schatztruhe biologischer Vielfalt – eine gentechnisch veränderte Pharma-Erbse freizusetzen ist grob fahrlässig, denn im Auskreuzungsfall wird eine Jahrhunderte lange Züchtungs- und Erhaltungsarbeit zerstört, Gen-Ressourcen werden wertlos und letztendlich ist die Sicherheit der Nahrungsmittelqualität und -souveränität in Deutschland und Europa gefährdet.

Annemarie Volling



So groß dürften die Erbsen in Gatersleben inzwischen sein.

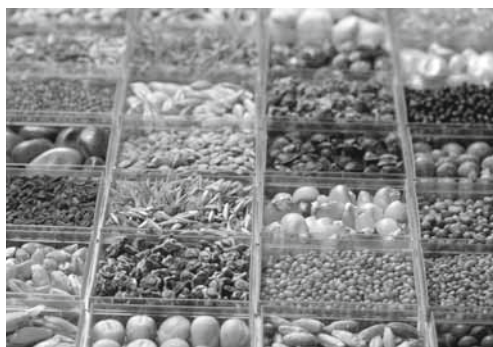
EU-Bürokratie und Saatgutlobby gefährden die Biodiversität

Erleichterungen beim Anbau von Erhaltungssorten wurden angestrebt, aber weit verfehlt

Heimlich still und leise arbeitet die EU-Kommission derzeit an einer Durchführungsverordnung, die den freien Verkehr, Handel und Anbau alter Sorten für die Zukunft reglementieren soll. Die Verordnung steht bereits seit vielen Jahren auf der To-do-Liste der Kommission, sie geht zurück auf eine neue Saatgutverkehrsrichtlinie aus dem Jahr 1998.

Nur wenige Märkte stoßen auf so wenig öffentliches Interesse wie der Saatgutmarkt. Dabei werden hier Milliardenumsätze gemacht und die Zukunft landwirtschaftlicher Produktion festgelegt. Die von der Europäischen Union verabschiedete Gesetzgebung zum Saatgutverkehr ist daher vor allem bei großen multinationalen Saatgutunternehmen Anlass für ein intensives Lobbying, um die eigenen Interessen zu schützen. Aber auch die Kommission allein folgt einer Linie, deren Hauptinteresse darin besteht, dass nur Saatgut gehandelt wird, welches in den Sortenkatalogen beschrieben ist.

Um hier aufgenommen zu werden muss die Sorte ein Höchstmaß an Uniformität und Stabilität besitzen.



Saatgutvielfalt erhalten, Handel vereinfachen.

Fotos: ©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

Die neue Durchführungsverordnung soll nun den Umgang mit alten Sorten regeln. Diese sind nicht mehr in den Sortenkatalog eingetragen, dürfen also auch nicht gehandelt werden. Die Verordnung soll diesen Zustand ändern. Auch für alte Sorten soll ein Eintrag im Sortenkatalog möglich werden. Das ist gut.

Haken und Ösen

Bedenklich sind aber die im Verordnungstext vorgesehenen Beschränkungen. So sollen Sorten nur noch in ihrer Herkunftsregion angebaut und vertrieben werden dürfen. Eine Regelung, die im Gegensatz zu dem in der EU geltenden freien Binnenhandel steht. Außerdem dürfte es kompliziert werden, die Herkunftsregionen geographisch genau festzulegen. Auch ist unklar, wer die Umsetzung kontrollieren soll.

Die Menge des gehandelten Saatguts soll in Abhängigkeit von der Spezies maximal 0,3 bis 0,5 Prozent von der Gesamtmenge betragen. Maximal darf die Menge für 20 Hektar Anbaufläche genügen. „Diese Menge ist sehr gering und wird bei vielen Sorten nicht genügen, um eine stabile Marktposition zu erreichen, die einen dauerhaften Erhalt ermöglichen würde,“ kritisiert der Europa-Abgeordnete Friedrich Wilhelm Graefe zu Bahrndorf.

Ein grundlegendes Problem ist, dass die Kommission versucht, die Erhaltungs-

sorten in das enge Raster der Sortenkataloge zu pressen. Die alten Sorten und Landrassen weisen aber im Gegensatz zu den auf Uniformität selektierten Hochleistungssorten von Haus aus eine größere, äußerliche Variabilität auf. Bei der Anerkennung wird es zwangsläufig zu Problemen kommen, wenn die Gutachter ihre gewohnten Maßstäbe anlegen. Dabei liegt gerade in der Heterogenität ein besonderer Wert von Erhaltungssorten. Die Vorgabe, dass die Sorten einem Rückstellmuster entsprechen müssen, macht eine natürliche Entwicklung und Anpassung der Sorten an Klima- und Umweltbedingungen unmöglich.

Kein Wunder, dass sich Saatgutinitiativen aus ganz Europa gegen die Umsetzung der Verordnung in dieser Form stark machen. Erreicht sie doch in der gegenwärtigen Form genau das Gegenteil dessen, was beabsichtigt war. Eine Vereinfachung des Anbaus und Handels mit Erhaltungssorten. Auch um diese zu erhalten und die Agrobiodiversität zu sichern.

Böden leiden unter Biogas

Die Nutzung von Bioenergie hat in den letzten Jahren vor dem Hintergrund weltweit wachsender Energienachfrage erheblich an Bedeutung gewonnen. Aber nicht jede Form der Produktion und Nutzung von Energiepflanzen ist effektiv und umweltverträglich.

Die aktuell vorherrschende Praxis des Energiepflanzenanbaus (Grünlandumbruch, Anbau von Mais, Weizen und Raps) senkt den ohnehin niedrigen Humusgehalt unserer Böden noch weiter

Einseitige Fruchtfolgen führen zu Humusabbau ...

Bei der Betrachtung der Umweltverträglichkeit des Energiepflanzenanbaus spielt es eine erhebliche Rolle, WELCHE Pflanzen angebaut werden und wie intensiv der Anbau ist. Schon 1999 wurden in einer Untersuchung des Wuppertal-Institutes eine Reihe von Kulturen nach einem eigens entwickelten und an ökosystemaren Zusammenhängen orientierten Kriterienraster analysiert, um die Möglichkeiten und Flächenpotentiale des Energiepflanzenanbaus im Rahmen einer nachhaltigen Landwirtschaft zu klären. Dabei stellte sich heraus, dass z. B. Öllein aufgrund seiner guten Einflüsse auf den Standort und die Fruchtfolge positiv zu bewerten ist. Sonnenblumen weisen ebenfalls fördernde Einflüsse auf den Standort auf, haben allerdings auch hohe Ansprüche. Getreide wird aufgrund des ohnehin hohen Fruchtfolgeanteils und daraus resultierender Resistenzprobleme bei Gräserherbiziden nur als eingeschränkt empfehlenswert beurteilt. Raps und vor allem Mais sind nicht empfehlenswert, da ihre Ansprüche hoch sind, die Auswirkungen auf den Standort mittel bis negativ und eine hohe Anfälligkeit hinzukommt, der chemisch-synthetisch begegnet werden muss, was die Ökobilanz der Energieerzeugung deutlich senkt. Diese Ergebnisse wurden durch aktuelle Studien bestätigt¹.

... dies verstärkt Folgen des Klimawandels

Die Verengung der Fruchtfolgen und der Ersatz von Zwischenfrüchten mit hohem Humusreproduktionspotential durch humuszehrende Energiepflanzen führen zu einem für die Herausforderungen des Klimawandels absolut kontraproduktiven weiteren Humusabbau. Humusschwund und der damit zusammenhängende Rückgang der biologischen Aktivität verstärken Verdichtung und Erosion und verringern die Infiltrations- und Speicherkapazität für Wasser². Dies verstärkt die Folgen des Klimawandels – Extremregenfälle, Hochwassergefahr und Dürre – wesentlich. Um diesen Folgen aktiv zu begegnen, müssten unsere landwirtschaftlich genutzten Böden durch ein angepasstes Humusanreicherungsmanagement fit gemacht werden, um die Erntesicherheit zu erhöhen. Da Humus ein wichtiger CO₂-Speicher ist, hätte eine solche Maßnahme gleichzeitig eine direkt klimaschützende Wirkung.

Auch Biogasgülle fördert den Humusabbau

Völlig unverständlich ist, dass die Wirkung der fermentierten Gülle auf den Humushaushalt, die Bodengesundheit und die Tiergesundheit in der Forschung völlig vernachlässigt wird. Biogasgülle hat eine noch geringere Humusreproduktionsleistung als herkömmliche Gülle. Durch die Gärung wird der Kohlenstoff-Gehalt reduziert und der Gehalt an nicht organisch gebundenem Stickstoff erhöht. Ausschließlich mit Gülle kann daher kein Humusersatz geleistet werden (dies ist im Prinzip auf Dauer auch bei nicht vergorener Gülle fraglich). Für eine ausreichende C-Zufuhr sind die N-Frachten viel zu hoch. Da ver-



Guter Boden: Die Grundlage der Landwirtschaft
©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

gorene Gülle noch mehr schnell verfügbaren Stickstoff enthält und noch weniger verfügbaren Kohlenstoff als unvergorene Gülle trägt sie darüber hinaus in noch geringerem Maße zu einer Ernährung der Bodenmikroorganismen bei³. GUTSER/EBERTSEDER kommen daher in ihren Studien zu dem Schluss, dass eine reine Düngung mit Fermentationsrückständen für eine Energiepflanzenfruchtfolge nicht ausreicht. Ein optimaler N-Einsatz führt zu Humusabbau. Bisher werden diese Tatsachen in Wissenschaft und Praxis kaum thematisiert. Im Gegenteil, es wird häufig behauptet, vergorene Gülle habe „verbesserte“ Düngereigenschaften. Für den ökologischen Landbau ist der in einigen Publikationen befürwortete Einsatz von vergorener Gülle daher äußerst kritisch zu sehen, weil er dem bodenfruchtbarkeits-fördernden Prinzip des ökologischen Landbaus völlig widerspricht.

Forschung zur Qualität der Gärreste vernachlässigt

Über weitere mögliche negative oder auch positive Wirkungen von Gärresten

auf den Boden ist erst wenig bekannt. Beispielsweise sind die Einflüsse von Schwermetall- und Antibiotika-Einträgen aus Futtermitteln, des Kupfereintrags aus der Klauenpflege oder der Ferkelaufzucht sowie von Desinfektionsmitteln auf die Mikroorganismen (Biogas-Prozess und Boden) kaum bekannt. Auch das Problem krankheitserregender Clostridien in den Gärresten (Clostridium botulinum) wird nicht ernst genug genommen. Ergebnisse von optimal laufenden Biogas-Prozessen in Forschungsversuchen mit definierten Gärsubstraten sollen einerseits beruhigen, die Realität sieht aber häufig anders aus. Für den sensiblen mikrobiologischen Prozess ist meist zu wenig Erfahrung und/oder qualifizierte Beratung vorhanden.

Oft werden die Biogasanlagen auch zu groß konzipiert und sollen dann mit nicht geeignetem Gärsubstrat z. B. aus der Lebensmittelproduktion oder mit Schlachthofabfällen ausgelastet werden. Die Tiergesundheit in den Ställen hat ebenfalls einen großen Einfluss auf die hygienische Qualität der Gärreste. Auch bei der empfohlenen Erhitzung auf 70 °C bleiben Clostridien als Sporen lebensfähig und infizieren so die Futterflächen, was sich im Kreislauf potenziert. Praxiserfahrungen zeigen, dass sich die Stabilität des mikrobiologischen Gärprozesses und die Qualität der Gülle bei einer Behandlung mit effektiven Mikroorganismen verbessern können. Auch positive Auswirkungen auf die Tiergesundheit waren zu beobachten. Hierfür werden bisher zu wenig öffentliche Forschungsmittel zur Verfügung gestellt.

Die Frage des umweltgerechten Anbaus von Biomasse zur Energieerzeugung ist leider in den letzten Jahren viel zu wenig thematisiert und zu wenig erforscht worden. Politische Vergünstigungen (z. B. das EEG, Energie-Einspeise-Gesetz) schafften mit dem Ziel einer ökologischen Energieerzeugung Rahmenbedingungen, die mangels Definition über eine umweltverträgliche Art und Weise der Energieerzeugung auch ungewollte Entwicklungen induziert haben. Die verspätete Wahrnehmung der Nachhaltigkeits-Frage wird letztlich in der Landwirtschaft – auf den Böden – ausgetragen. Die landwirtschaftliche Beratung gibt bisher mangels Daten und Informationen zu diesen Fragen nur einge-

schränkt Hilfestellung. Weiterbildungsworkshops zu einem nachhaltigen Humusmanagement – gerade auch beim Biomasseanbau – sind rar.

Flächenkonkurrenz zu nachhaltigeren Formen der Bodennutzung

Abgesehen von der Umweltverträglichkeit ist die Flächenkonkurrenz der unterschiedlichen Bodennutzungen (Energiepflanzenanbau versus nachhaltiger Nahrungs- und Futtermittelanbau, Gewerbe-, Verkehrs- und Siedlungsflächen, Naturschutzflächen etc.) weiterhin ungeklärt. Aufgrund des Energiepflanzenanbaus steigen die Pachtpreise und lassen vorhandene nachhaltige Formen der Bodennutzung (z. B. den ökologischen Landbau, Weidehaltung) finanziell ins Hintertreffen geraten. Eine klare Definition einer nachhaltigen guten fachlichen Praxis des Energiepflanzenanbaus ist dringend geboten. Allerdings ist dann auch der gesellschaftliche Nutzen gesunder Boden- und Landschaftsfunktionen (wie beim nachhaltigen Anbau von Nahrungsmitteln) dem Landwirt, der entsprechend handelt, finanziell anzurechnen.



Dr. Andrea Beste
Büro für Bodenschutz & Ökologische Agrarkultur
Mail: A.Beste@t-online.de
www.gesunde-erde.net

1 BESTE, A.; MONDERKAMP, F. (2005): *Energie – sinnvoll eingespart – effizient genutzt – nachhaltig produziert. Ein Energiecheck für landwirtschaftliche Betriebe. Büro für Bodenschutz und Ökologische Agrarkultur, Mainz*

2 BESTE, A. (2005): *Landwirtschaftlicher Bodenschutz in der Praxis. Grundlagen, Analyse, Management. Erhaltung der Bodenfunktionen für Produktion, Gewässerschutz und Hochwasservermeidung. Verlag Dr. Köster, Berlin*

3 GUTSER, R.; EBERTSEDER, TH. (2006): *Die Nährstoffe in Wirtschafts- und sekundärrohstoffdüngern – ein unterschätztes Potential im Stoffkreislauf landwirtschaftlicher Betriebe. In KTBL (Hg.): Verwertung von Wirtschafts- und Sekundärrohstoffdüngern in der Landwirtschaft. Nutzen und Risiken. = KTBL 444*

Bienen ade – scheiden tut weh

Was das Bienensterben mit der Globalisierung zu tun hat

Meldung

In den USA sind im vergangenen Jahr große Teile der Bienenvölker gestorben. Die Imker fanden in vielen Fällen nur noch die leeren Bienenstöcke vor. An der Westküste betrug die Verluste bis zu 60 Prozent, an der Ostküste lagen sie sogar bei 70 Prozent.

Bisher haben weder die Imker noch Wissenschaftler eine Erklärung für das Verschwinden der Bienen. Wenn ein Bienenvolk im Winter verhungert, findet der Imker tote Bienen im Stock. Das Verschwinden der Bienen kann dagegen niemand erklären.

Anders als in Europa leben Imker in den USA vor allem von dem Einsatz ihrer Völker als Bestäuber auf großen Plantagen. Der Honig spielt eine untergeordnete Rolle.

Das Bienensterben könnte deshalb deutliche Ertragseinbußen der betroffenen Farmer zur Folge haben. *mn*



Fotos: ©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

Schreckensmeldungen über das Sterben der Bienenvölker in Amerika haben auch hierzulande die Medien wachgerüttelt. Rund ein Viertel der nordamerikanischen Honigbienenvölker sind gestorben und auch in Europa gibt es z. T. hohe Verluste. Wieder einmal, denn bereits seit einigen Jahren steigen die Verluste bei den Imkern. Alarmierend war der Winter 2002/2003, wo auch hierzulande im Schnitt 30 Prozent Ausfall zu beklagen waren. Nun wird das aktuelle Sterben in Amerika, bezeichnet als Colony Collapse Disorder (CCD), als neues bisher unbekanntes Phänomen beschrieben. Dies ist ein Irrtum.

Die moderne Bienenzucht

Seit dem Beginn der „modernen Bienenzucht“ um 1850 erlebte die Imkerei viele Rückschläge. Durch das Kreuzen verschiedener Bienensorten sollte der Honigertrag gesteigert werden. So wurden zwischen 1850 und 1930 vor allem die Italienische Honigbiene (Ligustica) in die nördlich der Alpen beheimatete Dunkle Biene (Mellifera) eingekreuzt. Diese Einkreuzung brachte aber einen entscheidenden Nachteil: stechlustige Bienen. Ein anderes Phänomen blieb aber weitestgehend verborgen. Mit der Kreuzung von Rassen und den daraus hervorgehenden Hybriden geht neben der Leistungssteigerung häufig nach einigen Generationen eine sinkende Vitalität einher. Genau dieser Effekt konnte bei der Honigbiene ab 1900 beobachtet werden. So traten gesundheitliche Probleme auf und die Honigerträge nahmen ab. Ganz

nach Watzlawicks „Anleitung zum Unglücklichsein“ besann sich aber die moderne wissenschaftliche Imkerei nicht etwa auf eine ursprünglichere, artgerechtere Bienenhaltung, sondern wiederholte den alten Fehler. Weitere Rassen wurden eingekreuzt und sollten die „müden“ Bienen wiederbeleben. Fehlentwicklungen, wie Stechlust, wurden der einheimischen Dunklen Biene angelastet. Diese freilich war mittlerweile kaum noch in Reinbeständen zu finden. Unter dem Motto „Ausrottung durch Verdrängungszucht“ wurde nach dem Zweiten Weltkrieg die ungeliebte „Landrasse“

fast vollständig ersetzt. Der neue Stern am Imkerfirmament war und ist die leistungsstarke Carnica. Die Krainer Biene (Carnica) hat ihr Ursprungsgebiet auf dem Nord-Balkan. Schnell waren die Hungerjahre vergessen und schon bald die Bundesrepublik zur „Mellifera-freien Zone“ erklärt.

Das Zeitalter der Carnica, in die von Beginn an auch Landrassen eingekreuzt wurden, war jedoch, nur von kurzer Dauer, denn inzwischen findet die Buckfastbiene, eine Kreuzung vieler europäischer und afrikanischer Bienensorten, bei den Imkern immer mehr Anhänger.



Bienen: fleißig und friedlich, aber bedroht

Die Globalisierung schlägt zurück

Heute werden Bienen rund um den Globus transportiert.

Gerade in Übersee gibt es hochspezialisierte Betriebe, die Königinnen und sogenannte Paketbienen auf Ligustica-Basis für den Export in alle Welt erzeugen. Auch deutsche Imker haben sich in der Vergangenheit fleißig mit Bienen aus Amerika und Neuseeland eingedeckt, um rechtzeitig zur Frühjahrsblüte mit „frischen“ Bienen hohe Honigerträge einfahren zu können. Der weltweite Handel mit Bienen hat außerdem zu einer Verbreitung vieler Bienenkrankheiten geführt. Allen voran die Varroa-Milbe, dicht gefolgt vom Beutenkäfer und diversen Viren und Bakterien. Die Bienen haben diesen massiven Belastungen wenig entgegenzusetzen.

Haltet den Dieb!

Seit einigen Jahrzehnten kommen nun auch noch Insektenschutzmittel, Saatgutbeizmittel, wie das in Frankreich verbotene, bei uns aber zugelassene Imidachlopid von Bayer und nicht zuletzt der gentechnisch veränderte Mais und Raps hinzu. Maispollen kann regional in der ausgeräumten Feldflur nach Raps zum zweitwichtigsten Pollenlieferanten für die Bienenvölker werden. In den USA sind bereits

40 Prozent der Maisanbaufläche mit gentechnisch veränderten Mais bestanden. Einige Wissenschaftler vermuten, dass der gentechnisch veränderte bt-Mais, der ein Gift gegen Fraßinsekten erzeugt, sich in Bienen anreichert und diese so sehr schwächt, dass Parasiten leichtes Spiel haben. „Haltet den Dieb“ rufen nun viele, die selbst Anteil an der Schwächung der einst so robusten Honigbiene haben. Wieder wird viel Forschung betrieben. Einige wollen gar die schwächelnden Honigbienen durch andere Wildbienen ersetzen. Wieder einmal werden global Insekten in Regionen gebracht, wo diese natürlicher-

seits gar nicht vorkommen. Die Honigbiene ist ein Massenbestäuber und ohnehin durch andere z. B. Solitärbienen, die, wie der Name schon sagt, nicht staatenbildend sind, quantitativ nicht zu ersetzen. Die Honigbiene ist daher ein „ökologischer Flaschenhals“.

Zurück zur Natur

Bienen zeigen, dass der eingeschlagene Weg der Industrialisierung in die Sackgasse führt. Die Hybridbienen verlieren ständig weiter an Vitalität und der Bestand der verschiedenen Honigbienen(-rassen) weltweit ist ernsthaft bedroht. Die Gesundheit der Bienen ist nur bei

Betrachtung des Ganzen wiederzuerlangen. Bienen leben in Symbiose mit der Natur, insbesondere mit der einheimischen Blütenflora. Diese über Jahrtausende beidseitig evolutionär entwickelte Abhängigkeit lässt sich nicht durch 150 Jahre Kreuzungszucht ersetzen. Eine kleinteiligere giftarme Landwirtschaft mit hohem Anteil an Wildblumen in Äckern und Wiesen, der Verzicht auf gentechnisch veränderte Pflanzen und der Schutz regionaler autochthoner Honigbienenrassen sind Voraussetzung für eine Gesundung der Bienen. Die Gesellschaft muss die Leistung der Honigbienen und der Imker für die Bestäubung endlich so honorieren, dass die Haltung von Bienen nicht ausschließlich über die Steigerung des Honigertrags interessant wird.



Adrian Mork, Länderrepräsentant NRW der Gesellschaft zum Erhalt der dunklen Biene

Landleben live, Land(er)leben

Ferien mal anders: aktiv auf einem Bauernhof

Sowohl in Baden-Württemberg als auch in Westfalen sind Jugendliche auch in diesem Jahr wieder eingeladen, in den Ferien den Alltag auf landwirtschaftlichen Betrieben aktiv kennenzulernen.

Laut Evangelischem Bauernwerk in Hohebuch konnten in den letzten Jahren insgesamt schon 360 interessierte Jugendliche und junge Erwachsene in den Ferien auf Höfe in Baden-Württemberg vermittelt werden. Für 2007 haben sich bis Mitte Mai bereits wieder 40 Jugendliche für einen Aktivferienaufenthalt auf einem Hof angemeldet, mindestens noch mal so viel werden bis Sommer erwartet. „Das Interesse steigt von Jahr zu Jahr“, freut sich Veronika Grossenbacher, Projektleiterin von Landleben-live im Bauernwerk. Der Grund

für das positive Echo liege darin, dass „Landleben-live nicht über Landwirtschaft redet. Bei Landleben-live können Jugendliche und junge Erwachsene das Leben auf einem Hof, in einer Bauernfamilie ganz praktisch durch ihre Mithilfe erleben.“

In Westfalen ist es die Westfälisch-Lippische Landjugend (WLL), die – wie in den vergangenen Jahren – auch in diesem Jahr wieder „Land(er)leben“ anbietet. „Wir ermöglichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ab 14 Jahren zwei Wochen lang den Einblick in die Landwirtschaft“, so Paul Matthias Herweg von der WLL. Die Jugendlichen erwartet ein „hautnaher Eindruck in die Abläufe und Geschehnisse eines landwirtschaftlichen Betriebes“, wozu Pflichten und erfüllbare Aufgaben auf dem Hof und das Leben in der Bauernfamilie genauso gehörten wie die Erfahrungen in der Natur – Füttern, Melken, Ackern und Ausmisten inklusive. *pm*

Kontakt in Württemberg: Veronika Grossenbacher, Evang. Bauernwerk, Tel. 07942-107-12, Fax -77, V.Grossenbacher@hohebuch.de, www.landleben-live.de

Kontakt in Westfalen: Geschäftsstelle der Westfälisch-Lippischen Landjugend in Münster, Tel.: 0251-4175-214, Paul-Matthias@wll.de



Live auf dem Trecker.

Foto: Bauernwerk

NS-Kontinuität?

Vor zwei Jahren hatten die grünen Minister Fischer und Künast angekündigt, dass die NS-Geschichte ihrer Ministerien aufgearbeitet würde. Eine Anfrage des FDP-Abgeordneten Wissing ergab, dass diese Aufarbeitung nur langsam vorankommt: Erst im Jahre 2009 werde eine Historikerkommission ihre Forschungsergebnisse zur Rolle des Auswärtigen Amtes während des Faschismus und zum Umgang mit dieser Vergangenheit nach 1945 vorlegen. Das Agrarministerium vergab im Herbst 2005 zwei Gutach-

ten zum gleichen Thema. Das erste fasst den Forschungsstand zusammen und ist noch unveröffentlicht. Autor Andreas Dornheim fordert darin, die personelle „Kontinuität der Agrarpolitik vor und nach 1945“ müsse systematisch erforscht werden. Dies soll durch das zweite Gutachten erfolgen, worin Dornheim derzeit rund 60 Personen überprüft, die ab 1949 im Ministerium arbeiteten. Laut Spiegel hat er in einem Fall bereits aufgedeckt, dass ein Staatssekretär zuvor Karriere in der Waffen-SS gemacht hatte ... *en*

US-Agribusiness

Das Wirtschaftsmagazin *Fortune* hat in seiner Mai-Ausgabe erneut die 500 größten US-Unternehmen aufgelistet. Neben Einzelhandelskonzernen (wie Walmart), Banken, Öligiganten, Automobilkonzernen, Coca- und Pepsi-Cola befinden sich darunter zahlreiche Unternehmen des Agribusiness (Rangplätze jeweils in Klammern): Lebensmittelkonzerne wie Altria (23), Sara Lee (125), die Brauerei Anheuser-Busch (146), der Mühlenkonzern General Mills (213), Kellogg (232), Dean Foods (246), H.J. Heinz (269), Campbell Soup (311) und Pilgrims Pride

(432). Händler und Verarbeiter von Getreide und Ölsaaten: ADM-Archer-Daniels-Midland (59) und Land o'Lakes (329). Vieh- und Fleischkonzerne: Tyson Foods (86), Con Agra (173) und Smithfield (217), Obst- und Gemüsekonzerne: Dole (367) und Chiquita (488). Nicht zu vergessen die Chemiekonzerne: Pfizer (39), Dow Chemical (40), DuPont (74), Eli Lilly (149) und Monsanto (323). Nicht aufgeführt in dieser Rangliste der reinen US-Kapitalgesellschaften sind privat geführte Rohstoff-Multis wie Cargill oder Bunge. *en*

Großspitz vor dem Aussterben

Eine der ältesten Haustierrassen ist selten geworden: der Deutsche Spitz. Seit dem Mittelalter bis noch vor 150 Jahren war er in Deutschland, Europa und (später) Nordamerika recht verbreitet, hauptsächlich als Nutztier, aber auch als Modehund der Schickeria vom 17. bis ins 19. Jahrhundert.

Vom Deutschen Spitz gibt es verschiedene Varietäten. Der größte Vertreter, der Wolfsspitz (Keeshond), ist verhältnismäßig häufig (180 Welpen/Jahr). Der Großspitz (oder Pommer) ist in weiß ziemlich selten und steht in der schwarzen Variante vor dem Aussterben (ca. 20 Welpen/Jahr). Der braune Großspitz gilt als ausgestorben. Der Mittelspitz, obwohl schon immer geläufig, erst seit 1969 vom Verein Deutscher Spitze als Varietät geführt, ist zwar nicht häufig, aber im Bestand relativ stabil (70 Welpen/Jahr). Klein- und Zwergspitz (Pomeranian) sind etwa so häufig wie der Wolfsspitz. In Japan entstand der Japanspitz, vermutlich aus dem Mittelspitz, und kam erst 1990 nach Deutschland. Mit 40 Welpen/Jahr ist er hier züchterisch noch im Aufbau, weltweit aber wohl am wenigsten gefährdet. Zum Vergleich: Den insgesamt etwa 600 Spitzwelpen/Jahr stehen z. B. 30.000 Schäferhunde, 15.000 Teckel und Dackel und 10.000 Terrier gegenüber. Zu den nächsten Verwandten zählen der Eurasier, der Amerikanische Eskimo-Hund, der Samoyede, der chinesische Chow-Chow und der Norwegische Elchhund.



... aus Baden-Württemberg

Der Haushund begleitet den Menschen seit mindestens 15.000 Jahren, ein enges Zusammenleben mit nicht mehr ganz reinen Wölfen lässt sich seit 135.000 Jahren belegen. Der „Torfhund“ aus Pfahlbausiedlungen weist bereits eindeutig Merkmale des Spitzes auf. Eine ägyptische Spitz-Skulptur entstand um 2000 v. Chr. und einen griechischen Weinkrug um 400 v. Chr. zielt die Darstellung eines Spitzes (siehe Abb.). In der altpersischen Schrift Zend-Awesta aus dem 6. vor-

christlichen Jahrhundert werden acht Hundegattungen unterschieden, darunter: der Spitz. Im 18. und 19. Jahrhundert taucht er in Rassenbeschreibungen regelmäßig auf, auch unter den Bezeichnungen Pommer und Heidenhund, da er häufig von Zigeunern („Heiden“) gehalten wurde.

Der Spitz ist bzw. war der klassische Hofhund. Überhaupt wurde er immer dort eingesetzt, wo ein zuverlässiger Wächter gewünscht war, der nicht seinerseits einer „Bewachung“ bedarf. Die recht imposante Erscheinung des Wolfs- und Großspitz legen den Einsatz als Wachhund ohnehin nahe. Ob auf dem Bauernhof, wo er auch Mäuse und Ratten regulierte, ob als Fuhrmannspitz zuverlässig Pferde und Ladung bewachend, ob als Schiffshund, oder als Vorhut auf dem Weg der Siedler in den amerikanischen Westen, um Schlangen usw. aufzustöbern, damit die Pferde nicht scheuten. Und auch als „Weinbergspitz“, der vor allem in Schwaben die Weinberge vor Traubendieben schützte – immer versah er treu seinen Dienst und blieb anspruchslos. Dabei ist der Hund nicht gefährlich! Bei richtiger Haltung wird er nie einen Menschen beißen oder gar anfallen. Der Spitz verbellt zuverlässig alles, was fremd ist. Das hat ihm den Ruf eines Kläffers eingebracht, weshalb er in Südwestdeutschland auch „Mistbeller“ heißt. Das ist aber so nicht ganz richtig, obwohl es gewiss stillere Hunde gibt. Meist hört er – im Gegensatz zu echten „Kläffern“ – sehr bald wieder auf, wenn die „Bedrohung“ sich entfernt oder dem Besuch Einlass gewährt wird.

Abschließend noch eine persönliche Einschätzung der Zucharbeit im Rahmen eines Verbandes mit standardisierten Zuchtmerkmalen: Es ist sicherlich löblich, dass engagierte Menschen versuchen, diese alte Hunderasse zu erhalten. Wahrscheinlich wäre ohne deren Arbeit die aktuelle Bestandssituation noch viel schlimmer. Doch ähnlich wie bei anderen alten Nutztierassen und Nutzpflanzen leben sie aus ihrer Nutzung heraus. Der Spitz mit seinen ursprünglichen Merkmalen wird sich dauerhaft nicht über die gängigen Kriterien, die sich fast nur auf Äußerlichkeiten beziehen, erhalten lassen. Dann besteht die Gefahr, dass er zum reinen Liebhaberhund wird, in einer Stadtwohnung siecht und seinen Charakter verliert.



Als Nadias verwitweter Vater ihr mitteilt, dass er wieder heiraten will, löst er eine Familienkrise aus. Sein neuer Schatz ist eine üppige Blondine, stammt aus der Ukraine wie er früher auch, braucht die Heirat für die Erlangung der britischen Staatsbürgerschaft und hat unstillbare Ansprüche an noble Autos, Fertiggerichte und eine hochtechnisierte Kücheneinrichtung.

Um ihren hilflosen Vater aus den Klauen dieser Frauenperson zu retten, reden Nadia und ihre Schwester Vera, wegen der mütterlichen Erbschaft eigentlich zerstritten, zum ersten Mal wieder miteinander. Dabei kommen allmählich lang unterdrückte Seiten der Familiengeschichte ans Tageslicht, die zunächst leichttherzige

Komödie ergänzt sich um eine viel dunklere Historie.

Nebenbei schreibt der Vater, ein ehemaliger Ingenieur, an einer ungewöhnlichen Geschichte des Traktors, deren Sichtweise nicht nur für Bauern interessant ist:

„Im 19. Jahrhundert wurden Traktoren individuell gebaut – von einem Handwerker in seiner Werkstatt. Jetzt fabriziert man sie am Fließband, und am End des Fließbands steht ein Mann mit einer Stoppuhr, der genau misst, wie viel Zeit für den Produktionsprozess benötigt wird. Der Produktionsprozess wird umso effizienter, je schneller der Arbeiter arbeitet. Nehmen wir einen Mann, der sein Feld pflügt. Er sitzt allein in seiner Kabine. Er bewegt Hebel, damit der Traktor pflügt, er beobachtet Gefälle und Steigungen des Geländes, die Bodenbeschaffenheit und die Witte-

rungeinflüsse. Er hält sich für den Herrn des Geschehens. Aber am Ende des Feldes steht ein anderer Mann mit einer Stoppuhr. Der beobachtet den Traktorfahrer und notiert sorgfältig jede einzelne Runde und das ganze Auf und Ab. Soundsoviel Zeit darf es dauern, bis ein Feld gepflügt ist, und dafür gibt es dann soundsoviel Lohn. Doch im Zeitalter der Computerrisierung wird letztlich auch der Mann mit der Stoppuhr überflüssig, weil diese jetzt direkt im Armaturenbrett eingebaut ist.“ Aber diese Traktorhistorie – so interessant sie ist – bildet natürlich nur den Seitenstrang einer spannenden und turbulenten Gesamt-Geschichte ... *en*

Marina Lewycka, *Kurze Geschichte des Traktors auf Ukrainisch*, dtv, München, 2006, 360 Seiten, 14 Euro

Die Grenze des Erlaubten – „Grüne Gentechnik“ in Mecklenburg

Dokumentarfilm zur Agrogentechnik

Im Frühjahr 2006 wurde in Mecklenburg-Vorpommern auf 227 ha gentechnisch veränderter Mais kommerziell angebaut. Anlass für die Gegner der Agrogentechnik, lautstark zu protestieren, und Herausforderung an die Anwender, diesen neuen Schritt zu verteidigen. In Beobachtungen und Gesprächen zwischen Mais-Aussaat und -Ernte gibt die DVD den Argumenten beider Seiten Raum und trägt die Kontroverse in die Öffentlichkeit.



Am Anfang des 40-minütigen Filmes wird die Gentechnik bei Pflanzen anhand einfach-verständlicher Animationen erläutert. Eine Professorin der Uni Rostock stellt

sich und ihren Forschungsbereich vor. Vom Labor geht es hinaus aufs Feld. Verschiedene Meinungen zur Kennzeichnung von GVO-Pflanzen sowie der Gen-Soja-Anbau in Südamerika werden von Agrarwirt Rinaldo Bohl, Dr. Heinrich Graf von Bassewitz, dem Imker Michael Grolm und der Biogärtnerin Anna Adolphi diskutiert. Im Folgenden wird auf einen Freisetzungversuch mit gentechnisch verändertem Raps der Universität Rostock aufmerksam gemacht. Zwei Wissenschaftlerinnen diskutieren auf der Versuchsfläche über die Gefahr der Auskreuzung und die mögliche Koexistenz. Dr. Graf von Bassewitz – Gründer der ersten gentechnikfreien Region in Deutschland – ergänzt die recht sorglosen Ausführungen um kritische Aspekte und stellt den Versuch in Frage. Der Film macht einen Abstecher ins nördliche Brandenburg, wo sich Gentechnik-Gegner

auf eine besondere Aktion vorbereiten. Nach einer aufklärenden Podiumsdiskussion, in der der brasilianische Wissenschaftler Antonio Andreoli seine Erfahrungen mit Gen-Soja in Südbrasilien schildert, machen sich die Aktivisten auf den Weg ins Gen-Maisfeld. Abschließend erhält man Einblicke in die Maisernte und das Landeserntedankfest, dessen traditionelle Prozedur angesichts der neuen Gen-Pflanzen überholt wirkt.

Der BUND Landesverband Mecklenburg-Vorpommern empfiehlt diesen Film besonders. Die DVD ist erhältlich über die Regisseurin Sabine Hellmann – *sbeenie@gmail.com* bzw.: *www.sbeenie.di.hs-wismar.de* und kostet 10,00 Euro (Ohne Aufführungsrechte).

Dr. Burkhard Roloff
(BUND Landesverband MV)

Alternativen zur Agroindustrie

Die Bauern-Internationale

Vom »Bauernsterben« ist in Europa schon seit langem die Rede. Es gibt sie aber noch, die Bauern – auch wenn die Landwirtschaftspolitik ihnen das Leben immer schwerer macht. Es gibt sie vor allem weltweit: Sie bilden nämlich fast die Hälfte der Menschheit und ernähren auch die andere Hälfte. In ihrem Buch »Bauern für die Zukunft« rekapituliert Silvia Pérez-Vitoria die Geschichte der Landwirtschaft in großen Zügen und zeigt, wie Bauern überall auf der Welt Garanten für Werte wie Solidarität und ökologisches Gleichgewicht gewesen sind.

Nicht nur die industrielle Landwirtschaft steht im Kreuzfeuer der Kritik. Die Autorin stellt auch alternative Entwicklungen

wie z. B. den „fairen Handel“ kritisch in Frage, weil er auf die selben Marketingmechanismen setzt. Saatgut erhalten, die Wertschätzung bäuerlicher Kenntnisse steigern, Anbaupraktiken weitergeben, soziale Beziehungen untereinander und zu anderen Gesellschaftsgruppen knüpfen – hier zeichnen sich wirkliche Alternativen zum agroindustriellen Modell ab.

Angesichts der sozialen und ökologischen Verwüstungen, welche die Industrialisierung der Landwirtschaft inzwischen ange richtet hat, wächst inzwischen wieder das Bewusstsein für die Verantwortung, die Bauern sowohl als Produzenten der Lebensmittel aber auch für das ökologische Gleichgewicht haben. Eine neue, selbst-

bewusste Bauernschaft vernetzt sich heute global im Bemühen um eine lebensgerechtere Welt. Dies ist auch die Geschichte von Via Campesina, der immer stärker werden den »Bauern-Internationale«, der u. a. zahlreiche europäische Bauernorganisationen und weltweit über 200 Millionen

Bauern und Bäuerinnen angehören.

Bauern für die Zukunft;
Silvia Pérez-Vitoria;
260 Seiten;
22 Euro,
ISBN:
978-3-85869-342-6



Für den agrarpolitischen Richtungswechsel

Agrarpolitik und Rahmenbedingungen in der Schweiz beleuchtet das von Avenir Suisse herausgegebene Buch „Der Befreite Bauer“. Avenir Suisse ist eine Stiftung, die sich als unabhängiger Think Tank für die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entwicklung der Schweiz engagiert.

Im ersten Teil des Buches werden drei Studien zu den Auswirkungen der Direktzahlungen auf die Multifunktionalität der Landwirtschaft, den Einfluss von Kosten aus dem vor- und nachgelagerten Bereich auf die Nahrungsmittelpreise und den Folgen des bäuerlichen Boden- und landwirtschaftlichen Pachtrechts vorgestellt. Der zweite Teil hat den Schwerpunkt: Multifunktionalität. Welche gesellschaftlichen und ökologischen Aufgaben soll die Schweizer Landwirtschaft übernehmen? Welche Rolle spielen die Direktzahlungen? Am Ende des Buches plädieren die Autoren für einen weitgehenden, wenn auch klar geregelten Rückzug der Politik aus der Steuerung der Landwirtschaft und ihrer Entwicklung. Das dies den Strukturwandel deutlich beschleunigt ist bewusst. Eine industrialisierte Landwirtschaft wird

dennoch nicht angestrebt. Vielmehr wird nach Wegen gesucht, die die Fragen des Landschaftserhalts, der Multifunktionalität und der Wirtschaftlichkeit der Betriebe zusammenbringen. Zwischen den einzelnen, teilweise sehr theoretischen Beiträgen werden einzelne Betriebe vorgestellt, die

Chancen genutzt haben, um neue Strukturen zu entwickeln. Da ist z. B. das Gut Rheinau, auf dem ca. 100 Mitarbeiter in einer Verbindung aus Landwirtschaft, Psychiatrie, Kultur und Forschung leben und arbeiten oder der Betrieb von Sepp Dähler, der mit der von ihm geschützten „Kabiermethode“ ein ganz besonderes Bio-Rindfleisch produziert.

Das Buch bewegt sich immer auf der Grenze von bäuerlich und industriell. Es versucht einen Weg aufzuzeigen, Landwirtschaft selbstständiger werden zu lassen, ohne die gesellschaftlichen Leistungen zu opfern.

mn

Der befreite Bauer, Hans Rentsch, Verlag Neue Zürcher Zeitung, ISBN: 978303823-293-3, Euro 35



Das globale Huhn

Wie schön. Es ist Sonntag Morgen und das Frühstücksei lacht. Wirklich. Wo kommt es her? Schön, wer die eigenen Hühner im Auslauf hat. Rudolf Bunzel und Francisco Mari beleuchten in ihrem Buch die ganze Geschichte des Huhns. Sie schildern die Bedeutung des Huhns in zurückliegenden Epochen, zeigen den Weg vom ehemals wild lebenden Tier zum industrieangepassten Produktionsmittel.

Der Exkurs zu den Warenströmen des Geflügelfleisch wird zur praktischen Darstellung von Globalisierung, Macht und Lobbying. Die edlen Brustfilets für den hochpreisigen Markt in Europa und die Reste für Afrika.

Die beiden Autoren vermitteln tiefe Einblicke in die Unternehmensstrukturen und lassen die zunehmende Konzentration plastisch werden. „Glücklich ist, wer vergisst, was er isst“ und wer nicht so leicht vergessen kann, für den gibt es am Ende noch ein Kapitel zur alternativen Hühnerhaltung und einige Hühnerrezepte.

Das globale Huhn, Francisco Mari und Rudolf Bunzel, Brandes & Apsel, 280 Seiten, Paperback, ISBN: 978-3-86099-852-6, 19,90 Euro

Winterraps

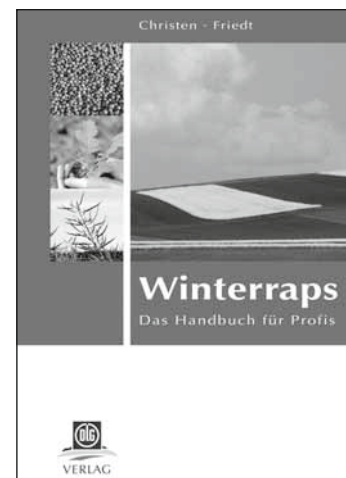
Seit Bio- oder besser Agrofuels in aller Munde sind, hat der Anbau von Raps eine ganz neue Bedeutung bekommen. Der DLG-Verlag hat mit dem Buch „Winterraps“ ein Handbuch herausgegeben, das den Rapsanbau umfassend beleuchtet.

Es ist ein Buch für den praktischen Anbau. Zwar geht es am Anfang auf die Herkunft der heutigen Rapsorten und die Züchtung ein, seine Schwerpunkte liegen aber auf den Anbauhinweisen, der Beschreibung von Schadbildern und Schädlingen sowie Ernte-, Trocknungs- und Lagerverfahren.

Auch wird auf Fragen wie Ökonomie und Wirtschaftlichkeit und deren Abhängigkeit von unterschiedlichen Faktoren eingegangen. Im letzten Abschnitt erläutert das Buch die besonderen Eigenschaften von Raps als Futter- und Nahrungsmittel und zeigt mögliche Nutzungs- und Verarbeitungswege im Lebensmittelbereich und der Tierfütterung auf.

Ein schönes Buch für all diejenigen, die einen grundlegenden Überblick bekommen wollen.

mn



*Hrsg.:
Olaf Christen /
Wolfgang Friedt
Winterraps, Das Handbuch
für Profis
Auflage 2007, 324 Seiten,
vierfarbig, zahlr. Fotos,
Grafiken und Tabellen,
Softcover
ISBN 978-3-7690-0680-3
www.dlg-verlag.de
Euro 24,90 (D) /
Euro 25,60 (A) / sFr 41,80*

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe 2007 2006 2005 2004 2003 2002 2001
19,80 € 19,80 € 19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 €

.... Expl. **Bewegte Zeiten**, Stückpreis 13,90 € **NEU!!!** _____ €

.... Expl. **Der Wollmützenmann**, Stückpreis 11,90 € _____ €

.... Expl. **Matthias Stührwoldt live**, CD, Stückpreis 13,90 € _____ €

.... Expl. **Verliebt Trecker fahren**, Stückpreis 9,90 € _____ €

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ ggf. E-Mail _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,-€); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, **Anzeigenschluss für Bauernstimme Juli/August 2007 ist am 17. Juni 2007.**

Hof und Arbeit

● **Bio-Bäckermeisterin** mit langjähriger praktischer Erfahrung und derzeitiger Tätigkeit im Bereich fachlicher Betriebsberatung, Marketing, Projektmanagement und Leitung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten sucht neuen Aufgabenbereich in der Bio-Branche.

Zuschriften an CHIFFRE BS 6/07

● **Bio-Hof in Vorpommern**, absolute Alleinlage, 250 ha, bietet 1-2 Familien mit Kindern Altgebäude/Bauplatz. Betriebsteilhaber oder eigene Landwirtschaft ggf. möglich. ☎ 0171-7823135

● Vielseitiger **Demeter-Hof in SH** bietet freie Ausbildung, Praktikum, FÖJ, Mitarbeit (auch längerfristig) in Landwirtschaft, Gemüse, Bäckerei ☎ 04835-7283

● **Gelernter Lw.**, Stud. Ökolog. Agrarwissenschaften, 29, m, sucht bezahlten Job für Aug.-Okt. im Norden, vorzögl. als Erntehelfer ☎ 0176-23365880 od. 05542-505356, soekoe@gmx.net

Tiermarkt

● Verkauft laufend beste **Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609



**Eifel e.V.
Landesverband
Rheinland-Pfalz-Saarland**

Landwirte und Winzer im Nebenerwerb RLP-Saarland e.V. und Büro für Bodenschutz und ökologische Agrarkultur Dr. A. Beste, Mainz

WORKSHOP

am 6. Juli 2007

Klimawandel und Bodenschutz

auf dem Hof Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Mosel-Sürsch

- **Wieviel Trockenheit fängt mein Boden auf?**
- **Wieviel Wasser kann mein Boden bei Starkregen speichern?**
- **Selbst erkennen, wie es um den Boden steht – selbst beurteilen, welche Maßnahme hilft.**
- **Bodenschutzmanagement mit Hilfe der Spatendiagnose.**

Anmeldung und Info unter:

www.gesunde-erde.net/preise.htm#termine

oder per Fax: 06131-639901

Anmeldeschluss ist der 29. Juni 2007.

Preis pro Person für Mitglieder AbL bzw. Nebenerwerbslandwirte 50 Euro, für Nichtmitglieder 60 Euro.

Bei Anmeldung ist der Seminarpreis zu überweisen mit Verwendungszweck: Workshop Bodenschutz.

Bankverbindung:

ARGE bäuerl. Landwirtschaft Eifel e.V. LV, Bitburg

Ksk Bitburg-Prüm; Konto: 1008333; BLZ: 586 500 30

AbL Rheinland-Pfalz-Saarland

Die nächsten Vorstandssitzungen des Landesverbandes RLP-Saarland finden statt:

08. Juli 2007 im Hunsrück

08. September 2007 in Mainz

06. November in Wittlich

Beginn der Vorstandssitzungen ist jeweils um 19.00 Uhr. Der genaue Ort der Sitzungen wird auf der Homepage des AbL-Landesverbandes unter www.abl-rlp-saar.de veröffentlicht.

Energiepflanzen und Naturschutz

31. Mai 2007, Schneverdingen
Biogas aus Energiepflanzen verzeichnet derzeit einen Boom. Naturschutz und Teile der Landwirtschaft haben zu dieser Entwicklung bisher keine klare Position. Erfahrungen mit den Folgen für den Naturhaushalt gibt es bisher wenig. Die Veranstaltung soll ein Forum für den Austausch der neuesten Erkenntnisse bieten und in einer gemeinsamen Diskussion Wege für die Umsetzung in der Praxis aufzeigen.

Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, Barbara Schultz, ☎ 05198 9890-76, Fax: -95, www.nna.niedersachsen.de

Frauen in der ländlichen Gesellschaft

15. Juni 2007, Frankfurt/Main
Wissenschaftliche Tagung zum Thema: Von traditionellen Lebensmustern zu neuen Herausforderungen. Der tiefgreifende Wandel, den die ländliche Gesellschaft seit dem Mittelalter bis zur Gegenwart im Zuge vielschichtiger Modernisierungs- und Technisierungsprozesse durchlaufen hat, zählt bis heute zu den wichtigsten Themen der Agrargeschichte. Die Bedeutung der Frauen an diesem Prozess sowie die Rückwirkungen des landwirtschaftlichen Strukturwandels auf das Alltagsleben der Bäuerinnen finden allerdings noch immer keine angemessene Würdigung. Die Themen reichen vom Spätmittelalter bis in die Gegenwart. Gesellschaft für Agrargeschichte e. V., Dr. Dietrich Rieger, ☎ 06031-4326, dietrich@rieger-salve.de, www.agrargeschichte.org, Teilnahme kostenlos, Anmeldung erwünscht!

Fairness und Ethik im Ökologischen Landbau

Tagung des AgrarBündnis e. V. **18. und 19. Juni 2007, Fulda**
Forum zur Diskussion von Grundprinzipien und Marketingstrategien u. a. mit folgenden Referenten: Otto Schmid (FiBL CH), Ulrich Schumacher (Bioland), Prof. Dr. Achim Spiller (Uni GÖ), Andreas Svoboda (tegut...), Wolfgang Reimer (BMELV), Christopf Gleirscher (Bio Austria), Thomas Dosch (Bioland), Hans Hohenester (Naturland), Josef Jacobi (Upländer Bauernmolkerei), Thorsten Michaelis (BLE), Prof. Dr. R. Pfriem (Uni OL).

Anmeldung erforderlich. Information: AgrarBündnis, Königstor 28, 34117 Kassel, ☎ 0561-701659-42, Fax: -40, info@agraruendnis.de

Veranstaltungen

Nachhaltig in die Zukunft!

22. Juni 2007, Freiburg
Jahrestagung mit Festakt zu 30 Jahre Öko-Institut mit zwei Talkrunden zur Frage, wie sich ökonomischer Wettbewerb mit Zielen der Nachhaltigkeit auf globaler Ebene in Einklang bringen lässt und ob Selbstverpflichtungen der Wirtschaft in Sachen Nachhaltigkeit ausreichen oder doch der Staat vieles regulieren muss, mit Referent/innen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft wie dem ehemaligen UNEP-Direktor Prof. Klaus Töpfer, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Astrid Klug, Europa-Abgeordnete Rebecca Harms, Baden-Württemberg Umweltministerin Tanja Gönner sowie dem Präsidenten des Umweltbundesamtes Prof. Andreas Troge.
Anmeldung bis 8. Juni.
ÖKO-INSTITUT, Geschäftsstelle Freiburg, ☎ 0761 45295-0, Fax: -88, event@oeko.de, www.oeko.de/30-jahre

Brauchen wir eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung?

25.-27. Juni 2007, Loccum
Trotz erheblicher internationaler Anstrengungen bleiben die gravierendsten globalen Umweltprobleme – Luftbelastung, Trinkwasserverknappung sowie die Über- und Fehlnutzung der Meere, der Böden und der Biosphäre – ungelöst, während die Armutsbekämpfung auf der Stelle tritt. Wie können im Zuge der anstehenden organisatorischen Reformen der Vereinten Nationen die Anliegen von Umwelt- und Entwicklungspolitik bestmöglich integriert und institutionell verankert werden?
Ev. Akademie Loccum mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung, ☎ 05766 81-0, Fax: -900, eal@evlka.de, www.loccum.de

ProBiogas – Qualifizierung für Anlagenbetreiber

04.-12. Juli 2007, Wolpertshausen
Das Intensivseminar gibt Betreibern von Biogas-Anlagen konkrete Hilfestellungen bei weit gefä-

cherten Schulungsinhalten. An einer Biogasanlage werden zusätzlich praktische Übungen zu Gärsubstraten, Substrat- und Gasanalysen und zur Hygienetechnik angeboten. Zwei halbtägige Exkursionen zu ausgewählten Anlagen der Region runden das Programm ab.

Internationales Biogas und Bioenergie Kompetenzzentrum (IBBK), ☎ 07954 926 20-3, Fax: -4, info@biogas-zentrum.de, www.biogas-Zentrum.de/ibbk

Landlieder-Sommer

09.-15. Juli 2007, Altenkirchen
Landlieder – aus Lust am Singen, aus deutschen Regionen, aus sozialem Gedächtnis singen Menschen verschiedener Generationen und Regionen, Einzelne und Gruppen. Sie bilden einen etwa 40-köpfigen Projektchor für drei kleinere Konzerte im Westwald. Hinzu kommen Exkursionen und Begegnungen mit Menschen der Region. Instrumente und Liedmaterial können mitgebracht werden! Eine Liederwerkstatt ohne Rustikalkitsch und Herzscherz, insbesondere für Junge und „junge Alte“ mit ländlichem und bäuerlichen Hintergrund.
Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen e.V., Werner Jung, ☎ 02681 9516-25, Fax: 70206; jung@lja.de; www.lja.de

Pferdeeinsatz im Wald

22.-26. Oktober 2007, Arnsberg
Angeleitet von erfahrenen Pferdeführern und ihren Pferden lernen die Teilnehmer grundsätzliche Voraussetzungen für den Einsatz von Pferden im Wald kennen. In Theorie und Praxis werden zahlreiche Themen rund um den Pferdeeinsatz im Wald vertieft. Neben den individuellen Bedingungen, die zur Tierhaltung seitens des Menschen erbracht werden müssen, überblickt man die physischen und psychischen Besonderheiten geeigneter Pferderassen.
Anmeldung: Waldarbeiterschule, 59755 Arnsberg oder Interessengemeinschaft Zugpferde e.V. (IGZ) Bundesgeschäftsstelle, ☎ 07181 88789-53, Fax: -54, info@ig-zugpferde.de, www.ig-zugpferde.de



Landesverband Nordrhein-Westfalen

Die AbL NRW sucht zum 1.7.2007 oder früher eine(n)

Projektleiter(in) gentechnikfreie Landwirtschaft

Aufgaben:
Beratung von Bäuerinnen und Bauern über Entwicklungen und Hintergründe im Bereich Agro-Gentechnik, Erstellung von Hintergrundpapieren und Informationsmaterial, Unterstützung gentechnikfreier Regionen in NRW, Planung und Durchführung von Informationsveranstaltungen, Projektmanagement

Anforderungen:
Abgeschlossenes Studium (Uni oder FH) der Landwirtschaft oder verwandter Fachrichtungen, Kenntnisse der deutschen und europäischen Gentechnikpolitik, Kenntnisse des aktuellen Entwicklungsstandes in der Agro-Gentechnik, Erfahrung im Projektmanagement, sehr gute kommunikative Fähigkeiten, Interesse an der gentechnikfreien Landwirtschaft.

Die Stelle ist befristet bis zum 15.6.2008.

Bewerbungen bitte bis zum 8.6.2007 an:
Arbeitsgemeinschaft bäuerlichen Landwirtschaft NRW e.V.
Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder per Email an: nrw@abl-ev.de

Vorankündigung einer öffentlichen AbL-Fachtagung:

Bäuerliche Qualitätserzeugung – Wertschöpfung für den ländlichen Raum



Sa., 30. Juni bis So., 1. Juli 2007
in Willingen-Usseln (Nordhessen)

Umweltverträglich, tiergerecht, regional, ohne Gentechnik und alles in überschaubaren Größen und Zusammenhängen – es gibt viele Beispiele dafür, wie einzelne Betriebe in Landwirtschaft oder Lebensmittelhandwerk und Kooperationen sich mit der bewussten Entscheidung für die Erzeugung und Vermarktung besonderer Qualitäten neue, positive Zukunfts-Chancen aufgebaut haben.

Wo stehen diese Beispiele heute, angesichts der viel zitierten „Aufbruchstimmung“ im Agrobusiness und steigender Nachfrage des Handels nach Bio, regional und mehr?

Samstag, den 30. Juni 2007

Ab 12.00 Uhr werden folgende Fragestellungen behandelt:

- Bäuerliche Qualitätserzeugung als Qualitätskriterium für Verbraucher?!
- Wie bekommen bäuerliche Qualitätserzeugnisse ihren Preis?
- Wie halten wir die Wertschöpfung bei den Bauern?



19.15 Uhr: Führung durch das Milchmuseum der Upländer Bauernmolkerei, anschließend gemütlicher Käse-Wein-Abend im Milchmuseum.



Sonntag, den 1. Juli 2007

„Die Upländer Bauernmolkerei – ein Erfolgsmodell für faire, bäuerliche Qualitätserzeugung“. Nach Diskussion mit den Verantwortlichen der Bauernmolkerei, anschließend Molkerei-Besichtigung.

12.00 Uhr: Imbiss, Kaffee und Abreise.

Veranstalter: AbL e.V., FaNaL e.V., Upländer Bauernmolkerei

Anreise: Für Bahnreisende ist ab Bhf. Kassel-Wilhelmshöhe ein Bustransfer geplant.

Information/Anmeldung: Programm, weitere Informationen und Anmeldungen bei Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer, Lüneburg, Tel. 04131-407757, Fax: -407758



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,
E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,
21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen,
Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,
Tel.: 02381/9053173, Fax: 02381/492221, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn,
Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/988361
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein,
Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215
Vorpommern: Albert Wittneben, Tel.: 039604/26859
Brandenburg: Cornelia Schmidt, Tel.: 03879/12518; Erich Degreif,
Tel.: 033204/35648; Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,
Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, amkloster@t-online.de;
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, biohof-claar@freenet.de;
Mühlal: Martin Trieschmann, Tel.: 06151/145480,
m.trieschmann@t-online.de;
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, k.s.vetter@t-online.de;
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, k.hellwig@web.de;
Homburg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,
Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218

Baden-Württemberg

Landesverband: Josef Bopp, Ulmer Straße 20, 88416 Ochsenhausen,
Tel.: 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz,
Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, E-Mail: Abl-Bayern@web.de;
www.abl-bayern.info
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer,
Tel.: 08847/804,
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Rimmelberger,
Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg,
Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 87,00 €
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 122,00 €
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ € zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 32,00 €
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 57,00 €
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Telefon/Fax

E-Mail

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum

Unterschrift

Eines Sonntagmorgens

Eines Sonntagmorgens, es hatte geregnet, die Äste der Bäume hingen noch herunter, schwer vom Wasser, und die Tropfen an den Blättern glitzerten in der Sonne, da wollte ich gerade die Pferde im Paddock füttern und stieg mit einem Arm voller Heu über das Gatter, als ich oberhalb des Hofes auf dem Spurplattenweg eine traurige Gestalt erblickte. Die Gäule hatten schon gewartet; sie zupften mir das Heu aus den Händen; ich schimpfte, und sie trollten sich. Als ich das Heu in den zur Futterraufe umfunktionierten Treckerreifen geworfen hatte, kamen sie zurück und fingen an zu fressen. Ich wartete, bis ich das tiefe Knurpen ihrer Kiefer hörte, das ich so gerne mag. Dann stieg ich wieder übers Gatter und ging hoch zum Weg, um nach der traurigen Gestalt zu schauen.

Es war ein junger Mann, offensichtlich alkoholisiert, und das nicht zu knapp. Schwankend stand er da, obwohl es windstill war. Seine Kleidung hing nass und schmutzig von ihm herab. Er hatte beide Schuhe und eine Socke verloren. Sein nackter Fuß war sehr ungewöhnlich verfärbt. Er war schwarz und blau und sah nach einem zu erwartenden dicken Schnupfen aus. Die Socke am anderen Fuß war mal eine weiße Tennissocke gewesen. Ich musste lachen. Ich hatte nicht gewusst, dass es noch Tennissocken gab.

„Guten Morgen!“, wünschte ich. „Kann ich helfen?“ Obwohl ich inzwischen direkt vor der traurigen Gestalt stand und sie ebenso direkt ansprach, kriegte ihr Blick mich nicht zu fassen. Wir schauten uns tief in die Augen, aber der junge Mann sah mich nicht. „Hallo! Hallo! Hier bin ich! Kann ich helfen?“ Jetzt merkte er, dass er angesprochen wurde, und versuchte, seinen Blick scharf zu stellen. Die Pupillen verengten sich. „Hao. Wo issie Paadi denn hin?“, lallte er. „Hier ist keine Party.“, sagte ich: „Es ist Sonntagmorgen, etwa halb acht.“

„Scheise. Keine Paadi...“, grummelte er, und ich fürchtete, er würde zu weinen anfangen. Dann flüsterte er: „Ich will na Hause. Aber ... ich wollde bei mein Kumbel penn. Wie komm ich da denn hin? Wo is mein Rad?“ „Wo wohnt denn dein Kumpel?“, fragte ich. „In Harrie.“, antwortete er. „Harrie einfach so gibt es nicht, tut mir leid. Es gibt ungefähr zehn Harries, alle rund um Bordesholm. Welches ist es wohl?“ „Weiß nich. Harrie eben.“ „Ja, Mensch, hör mal, es gibt Großharrie, Kleinharrie, Fiefharrie, Negenharrie und Klapsharrie. Und es gibt Großharriefeld, Kleinharriedder, Fiefharrieöh, Negenharriemoor und Klapsharrieforst. Du musst doch wissen, wo du hin musst!“ „Harrie.“, murmelte er: „Ich muss na Harrie. Wo is Harrie.“ Sein Blick brach sich wieder. Ich deutete ihm die grobe Richtung zu den Harries an. Ein letztes Mal blickte er hoch, dann drehte

er sich um, Richtung Harrie, und schlug lang hin. Langsam rappelte er sich auf alle Viere und krabbelte los. Bis zu den Harries sind es etwa zehn Kilometer. Ich bekam Mitleid. „Warte!“, rief ich: „Nicht so schnell. Ich füttere jetzt meine Tiere zu Ende und dann fahre ich dich. Weißt du, wie es bei deinem Kumpel aussieht?“ „Klar!“ „Dann fahre ich dich gleich rum und wir gucken uns in den Harries um. Hoffentlich erkennst du es wieder...“

Zügig machte ich die Tiere fertig, während er auf allen Vieren auf mich wartete, mitten auf dem Spurplattenweg, der zum Glück sonntagmorgens recht dünn befahren ist. Als ich kam, hievte er sich in mein Auto. Die Fahne war nicht schlecht. Die Luft im Innenraum des Pick-Up hätte man flambieren können.

„Du hattest ein Fahrrad, sagtest du. Irgend ne Ahnung, wo es sein könnte?“ Er schüttelte den Kopf. Ich schlug vor, noch mal durchs Dorf zu fahren. Vielleicht würden wir das Fahrrad finden, aber es blieb ver-

schwunden. Stattdessen fanden wir zunächst eine dreckige Tennissocke und, im Abstand weniger hundert Meter, erst den einen und dann den anderen Schuh, nass und schlammig. Und der junge Mann freute sich. Als wir am Ortsplan vorbeikamen, fiel ihm ein, wie er nachts dort gestanden hatte. Er hatte auf der Karte gucken wollen, wie er nach Harrie käme, aber es war zu dunkel gewesen. Also habe er sich vor die Karte gestellt, das Vorderrad seines Drahtesels hochgehoben und gedreht, um mit der dynamobetriebenen Fahrradlampe die Karte zu beleuchten. Als er gleichzeitig auf den Plan gucken wollte, sei er auf die Fresse gefallen. Er fasste nach seinem Hinterkopf. „Ich habba auch ne Beule. Ja, so musses gewesen sein...“

Einstweilen aber blieb das Fahrrad verschwunden. Wir fuhren alle Stolper Straßen ab; wir fanden es nicht. Erst Tage später sollte es auftauchen, auf dem Dach der Bushaltestelle im Oberdorf, neben der Schlosserei.

Wir fuhren nacheinander alle Harries ab. Mein Fenster hatte ich weit auf. Wie gut so frische Luft tut! Von Anfang an war mir klar, dass der Kumpel, sollte es ihn wirklich geben, im letzten Harrie wohnen würde, egal, in welcher Reihenfolge wir die Harries durchfahren würden. Und so war es auch. In Klapsharrie rief mein Mitfahrer plötzlich: „Hier! Hier isses! Hier wohnt mein Kumbel!“

Ich bremste. Wir standen vor einem Resthof. Ich blickte zum Beifahrersitz. Der junge Mann von der traurigen Gestalt hatte Tränen der Rührung in den Augen. Scheiße, dachte ich, jetzt kriegt er auch noch seinen Moralischen. Er schluchzte und sagte: „Dange! Dange! Ihr Bauern seid doch die Bessen!“ Und er umarmte mich und küsste mir die Wange. Mein Gott, wie der stank! Schließlich stieg er doch noch aus, zögernd zwar, aber immerhin.

Ich drehte um, grüßte und fuhr davon. Er stand, schwankte und winkte mit einem zerknitterten Papiertaschentuch. Als ich im Rückspiegel noch einmal nach ihm guckte, koltzte er auf die Hofauffahrt. Das nenn ich: Glück gehabt.

Matthias Stübrowoldt



Foto: www.pixelio

unabhängige bauernstimme: Richtungsweisend

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetantin / des Abonnetanten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221